

Waldemar Stange

Zwischenbilanz: Zum Stand der Kinder- und Jugendpartizipation

Knackpunkte und Chancen:
Thesen, Behauptungen und Forderungen

Baustein A 1.7

Veröffentlichung im Rahmen der Beteiligungsbausteine des
Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. (www.kinderrechte.de)

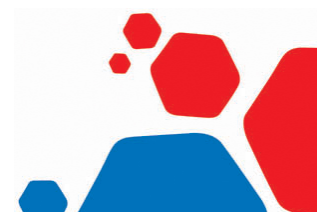
Entwicklung und wissenschaftliche Leitung:
Professor Dr. Waldemar Stange, Leuphana-Universität Lüneburg

Lüneburg/Berlin 2002



Inhalt

1.	Überblick	3
2.	Die allgemeine Ausgangslage	4
2.1.	„Knackpunkt“ 1: geringer Stellenwert von Kinder- und Jugendpartizipation Kinder- und Jugendpartizipation ist kein wichtiger kommunaler Politikbereich	4
3.	Die Erwachsenen als Problem	6
3.1.	„Knackpunkt“ 2: Widerstände und Vorbehalte von Erwachsenen gegenüber der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	6
3.2.	„Knackpunkt“ 3: Dominanz von Erwachsenen	11
3.3.	„Knackpunkt“ 4: Vernachlässigung fundamentaler normativ-ethischer Prinzipien	13
3.4.	„Knackpunkt“ 5: unzureichende Qualifizierung von Erwachsenen – fehlendes methodisches Wissen und Können	16
4.	Die Kinder und Jugendlichen als Problem	17
4.1.	„Knackpunkt“ 6: reale Überforderung durch Partizipation	17
4.2.	„Knackpunkt“ 7: mangelndes Interesse bei Kindern und Jugendlichen	18
4.3.	„Knackpunkt“ 8: fehlende Qualifikation und Information der Kinder und Jugendlichen	18
5.	Reale Defizite aktueller Partizipationsansätze	20
5.1.	„Knackpunkt“ 9: soziale Selektivität und mangelnde Repräsentativität von Beteiligungsverfahren	20
5.2.	„Knackpunkt“ 10: unzureichende demokratische Legitimation	22
5.3.	„Knackpunkt“ 11: fehlende Voraussetzungen für Beteiligung – die Rahmenbedingungen als Problem	23
5.4.	„Knackpunkt“ 12: Vernachlässigung fundamentaler entwicklungspsychologischer und pädagogischer Prinzipien	24
5.5.	„Knackpunkt“ 13: pädagogische Konzepte als Problem – unreflektierte Arbeitsformen	25
6.	Grundsätzliche strukturelle Probleme	26
6.1.	„Knackpunkt“ 14: ungünstige Zeitstruktur kommunaler Planungsvorhaben	26
6.2.	„Knackpunkt“ 15: Gefahr der Inkompatibilität von Kinder- bzw. Jugendwelt und Erwachsenenwelt	27
7.	Unsichere strategische Ansatzpunkte	29
7.1.	„Knackpunkt“ 16: Zieldiffusion – unklare und fehlende Qualitätskriterien und Beteiligungsstandards	29
7.2.	„Knackpunkt“ 17: Defizitbereich: Fehlen einer Gesamtkonzeption	29
7.3.	„Knackpunkt“ 18: zu spät einsetzende Partizipationsangebote	29
7.4.	„Knackpunkt“ 19: mangelnde Nutzung vorhandener gesellschaftlicher Institutionen für das Demokratielernen	30
7.5.	„Knackpunkt“ 20: Wahl der falschen Ebene der Partizipation – fehlender Lebenswelt- und Gemeinwesenbezug im Gesamtsetting – fehlende Erfahrbarkeit von Demokratie	31
7.6.	„Knackpunkt“ 21: Defizite der Politikberatung (fehlende Instrumente der Kommunalberatung)	32
7.7.	„Knackpunkt“ 22: fehlendes starkes Eingangsmandat	32
7.8.	„Knackpunkt“ 23: fehlende strukturelle Verankerung, Verbindlichkeit und Konkretisierung von Rechtsgrundlagen	33
8.	Umsetzungs- und Steuerungsprobleme: die Komplexität als Problem	34
8.1.	„Knackpunkt“ 24: Defizitbereiche Vernetzung, kooperative Planung, Synergien	34
8.2.	„Knackpunkt“ 25: Defizitbereich: Umgang mit Widersprüchlichkeiten – Ambiguitäten – Konflikten	35
9.	Literatur	39



1. Überblick

Die folgende Erörterung der „Knackpunkte“, also der *Problem- und Gefahrenpotenziale* bzw. möglicher *Chancenzonen* („Lösungsansätze und Forderungen“) bezieht sich auf vielfältige Praxisprojekte im Rahmen von *Beteiligungsspiralen* mit dem Verfahren „Planen mit Phantasie“ z. B. in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern und auf die jahrelange Auseinandersetzung mit der anstehenden Fragestellung in den Projekten des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Schwierigkeiten beim genaueren Analysieren von Partizipationsangeboten entstehen regelmäßig dadurch, dass Partizipationsprojekte und -modelle ...

- prozessorientiert sind
- im Allgemeinen nicht so sehr von personenunabhängigen (stabilen und dauerhaften) Strukturen gekennzeichnet sind
- manchmal von Besonderheiten der (parti-)politischen Konstellation vor Ort abhängen
- durch eine hohe Fluktuation geprägt sind
- oftmals die Arbeit einstellen, wenn ein konkretes Ziel erreicht ist

Dennoch lassen sich die bisherigen Erfahrungen recht gut bündeln, verallgemeinern und schrittweise erörtern, z. B. in Form von „Knackpunkten“ (Problem- und Gefahrenpotenzialen) wie:

- die Erwachsenen als Problem (z. B. Dominanz von Erwachsenen) Scheinbeteiligung und mangelnder Ernstcharakter
- Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen als Träger eigener Rechte
- Überforderung durch Partizipation
- Unterforderung: Kindern und Jugendlichen zu wenig zutrauen mangelndes Interesse bei Kindern und Jugendlichen
- mangelnde Qualifikation und Information der Kinder und Jugendlichen zu spät einsetzende Partizipationsangebote
- soziale Selektivität und mangelnde Repräsentativität von Beteiligungsverfahren
- Instrumentalisierung von Kindern und Jugendlichen fehlende Vernetzung
- unklare Beteiligungsstandards und Qualitätskriterien

Solche „Knackpunkte“ (Probleme – Konflikte – Reibungsverluste – Grenzen) werden im Folgenden nicht immer exakt unterschieden in 1. grundsätzliche und strukturelle – sozusagen dem Partizipationsthema inhärente – Aspekte und 2. aktuelle, also solche, die sich aus der den *derzeitigen* Umständen ergeben. Das lässt sich im Einzelfall schwer trennen. Es geht im Folgenden vor allem um die wichtigsten Probleme, Übergänge und Nahtstellen zwischen den sozialen Systemen im Bereich Partizipation im Sinne einer *Zwischenbilanz*. Dazu werden Beobachtungen, Erfahrungen, Behauptungen und *Thesen* formuliert. Anschließend werden dann jeweils erste *Lösungsansätze und Forderungen* skizziert. Probleme, Lösungen und Forderungen bilden – neben den *Zielen* (auf der Ebene der Mittlerziele) die Basis für die spätere, im 2. Band vorgenommene Ableitung von *Kriterien für gute Partizipationsqualität*, die sich hier aber schon indirekt andeuten. Diese zusammengefassten und gebündelten Kriterien werden dann später die Konstruktion von *Standards* für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen erlauben, die auch im Sinne von *Prüfsteinen für gute Partizipation* verwendet werden können.

2. Die allgemeine Ausgangslage

2.1. „Knackpunkt“ 1: geringer Stellenwert von Kinder- und Jugendpartizipation Kinder- und Jugendpartizipation ist kein wichtiger kommunaler Politikbereich

Kinder- und Jugendpolitik im Allgemeinen und Partizipation im Besonderen sind leider noch keine wichtigen kommunalen Politikbereiche. Es herrscht mangelndes öffentliches Bewusstsein über dieses Thema. Kinderfreundlichkeit und Beteiligungskultur werden immer noch nicht genügend und selbstverständlich als Standortfaktor gesehen. Auch die positive Bedeutung für das Gesamtklima einer Gemeinde, für den sozialen Frieden und die Wirkung gegen intolerante und radikale Haltungen in der Kommune usw. werden unterschätzt.

Es mehren sich sogar die Anzeichen, dass in Zeiten der öffentlichen Finanznot Partizipation von Kindern und Jugendlichen (also Demokratie) von einem „Muss-Thema“ zu einem „Kann-Thema“ herabgestuft wird, zur sog. „freiwilligen Aufgabe“ der öffentlichen Hand. In Schleswig-Holstein sollte sogar vorübergehend der berühmte Beteiligungsparagraf 44f im Rahmen der „Verwaltungsvereinfachung“ ersatzlos gestrichen werden, was aber glücklicherweise verhindert werden konnte (und zumindest für eine gewisse Rest-Öffentlichkeit für das Thema spricht). Wir haben beim Thema *Demokratie* und erst recht beim Thema *Demokratie für Kinder und Jugendliche* alles in allem ein Thema, das sich bisher noch nicht dauerhaft und nachhaltig durchgesetzt hat. Kinder- und Jugendpolitik im Allgemeinen und Partizipation im Besonderen haben zurzeit einen *geringen Stellenwert*.

Ausnahme statt Regel – keine Beteiligungskultur und Alltagspartizipation

Dort, wo es überhaupt Beteiligungsangebote gibt, sind es meistens zu wenige, die dann im Übrigen bestenfalls als punktuelles „Highlight“ im Kinderleben fungieren. Faktisch fehlen uns *Lernorte für Demokratie*. Es mangelt an einer klaren Leitidee „Mitbestimmung und Mitverantwortung“ für alle Bereiche (D. Tiemann). Wir haben keine selbstverständliche und unaufgeregte Beteiligungskultur: Wahltagsdemokratie statt Demokratie als Lebensform und Alltagsdemokratie auch für Kinder. Das gilt selbst da, wo ansatzweise schon beteiligt wird.

Wir haben es im Alltag noch nicht geschafft, das Leitbild *Bürgerkommune* – und zwar unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen – in der Breite durchzusetzen.

Unterentwickelte Öffentlichkeit des Partizipationsthemas

Trotz des Nationalen Aktionsplans für Kinderrechte, diverser Kampagnen für Kinderrechte, punktueller Wahrnehmung in den Medien und ganzer Serien von Modellprojekten: Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist nicht wirklich – zumindest nicht durchgängig – ein relevantes Thema in der Öffentlichkeit und den Medien.

Wenn man von der Berichterstattung über singuläre kommunale Beteiligungsprojekte in der lokalen Presse einmal absieht, besteht in der Öffentlichkeit und in den Medien – insbesondere den überregionalen – alles in allem bisher noch viel zu wenig Resonanz und Unterstützung für das Thema.

Chancen des Partizipationsthemas nicht genutzt – z. B. Beteiligung als Mittel gegen Politikverdrossenheit

Beteiligungsprojekte wecken bei jungen Menschen die Bereitschaft für ein verstärktes Engagement im Gemeinwesen. Andererseits wenden sich junge Menschen ab, wenn sie erfahren, dass ihr Engagement nichts bewirkt hat. Diese Erkenntnisse haben sich noch lange nicht in Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung – manchmal auch nicht in der Pädagogik – durchgesetzt.

Potenziale nicht genutzt: Chancen zur Bereicherung der Erwachsenenwelt werden verschenkt

Kinder- und Jugendbeteiligung ist im Allgemeinen eine Bereicherung für die Erwachsenenwelt. Lebenswerte Räume für junge Menschen heben auch die Lebensqualität der Erwachsenen. Eine weitere große Chance wird vertan, weil die Gesellschaft unnötigerweise auf das kreative Problemlösepotenzial von Kindern und Jugendlichen verzichtet, die in der Lage sind, andere Sichtweisen einzubringen, auf die Erwachsene in teilweise ausgefahrenen Denkbahnen nicht mehr kommen. Dies hat sich z. B. in vielen Projekten zur Stadtplanung und Verkehrsplanung gezeigt, in denen Kinder und Jugendliche in der Lage waren, unkonventionelle Lösungsvorschläge zu unterbreiten und eine Vielzahl an „Durchbrecher-Ideen“ zu produzieren.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Partizipation von Kindern und Jugendlichen muss einen viel *größeren Stellenwert* erlangen, muss überall ein gleichberechtigter, wichtiger kommunaler Politikbereich und integraler Bestandteil des Leitbildes *Bürgerkommune* werden! Beteiligung muss zum Normalfall, muss alltäglich werden! Mitbestimmung und Mitverantwortung müssen selbstverständlicher Bestandteil von Alltagspartizipation werden.

„Partizipation von Kindern und Jugendlichen bedarf insbesondere der Öffentlichkeit. Sie muss von Kindern und Erwachsenen gemeinsam hergestellt werden. Partizipation von Kindern und Jugendlichen geht aus von einer Einmischung in die traditionellen Felder der Gestaltung unserer Lebenswelt, und Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist angewiesen auf Erwachsene als ‚Übersetzerinnen‘ und ‚Übersetzer‘ zwischen den sich in der Regel eher fremden Welten von Kindern, Jugendlichen und Politik“ (Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder 1995, S. 30).

Die Präsenz des Partizipationsthemas in der Öffentlichkeit muss also viel intensiver als bisher vorangetrieben werden. Das könnte geschehen, indem man sich an die begonnene *Bildungsdiskussion* ankoppelt (Bildung ist ohne Partizipation undenkbar). Auch im *Präventionsdiskurs* im Zusammenhang mit vermehrten Jugendproblemen könnte der Partizipationsgedanke als nachgewiesenes Element primärer Prävention eine Rolle spielen. Schließlich hätten die zunehmend ausgebildeten Moderatoren und Prozessbegleiter für Kinder- und Jugendpartizipation die wichtige Aufgabe, dieses Thema offensiv in der Öffentlichkeit auf dem Hintergrund ihrer Praxiserfahrungen („Es funktioniert!“) und ihrer Glaubwürdigkeit zu platzieren.

Neben verstärkter Information (auch durch Regierungsveröffentlichungen) sind Schulungen von Multiplikatoren aus Politik und Verwaltung notwendig. Eine Aufnahme des Themas in den Ausbildungsplan der Verwaltungsschulen für Kommunalbeamte wäre eine mehr als lohnende Aufgabe.

Wichtig wäre eine langfristig-nachhaltige und intensive Medien- und Öffentlichkeitskampagne für mehr Beteiligung auf der kommunalen Ebene, die Materialien und Techniken entsprechender Kampagnen auf Bundesebene – z. B. zum Nationalen Aktionsplan Kinderrechte oder zum Kinderrechtekoffer – nutzen könnte. Kinder und Jugendliche könnten Teile solcher Kampagnen selber übernehmen. Auch Filme und Broschüren zum Thema, wie sie seit Jahren in der Demokratiekampagne Schleswig-Holstein genutzt werden, würden hier eine Hilfe bedeuten.

Kinder- und Jugendpolitik muss endlich vom Alibi-Bereich bzw. vom konzeptionslosen Spontaninterventionsbereich zu einem wichtigen Politikbereich mit langfristiger Orientierung werden!

Die Erwachsenen sollten endlich die Bedeutung von Partizipation für die Bereicherung der Erwachsenenwelt bzw. für die Zivilgesellschaft und deren Beitrag zum Abbau von Politikverdrossenheit erkennen und – vor allem – durch aktives und glaubhaftes nachhaltiges Handeln würdigen.

3. Die Erwachsenen als Problem

3.1. „Knackpunkt“ 2: Widerstände und Vorbehalte von Erwachsenen gegenüber der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Es gibt viele versteckte Widerstände und Vorbehalte gegenüber der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, nicht nur in der allgemeinen Erwachsenen-Öffentlichkeit, sondern gerade auch bei den Fachleuten, insb. Politikern, Verwaltung und Pädagogen.

Vorbehalt: Beteiligungsangebote seien per se eine Überforderung und nicht kindgerecht

Es wird immer wieder der Vorwurf erhoben, Beteiligungsangebote durch Kinder- und Jugendgremien würden nicht kindgerecht sein bzw. Kinder (oft genug auch Jugendliche) überfordern. Die vielfach gehörte Behauptung ist: Kinder könnten das noch nicht – Jugendliche wollten das nicht mehr. Oder aber in anderer Formulierung: Jugendliche und insbesondere Kinder überblickten das nicht. Planungs- und Entscheidungsbeteiligung insbesondere in Gremien überfordere sie intellektuell, auch vom erforderlichen Spannungsbogen, also vom meistens zu langen Zeithorizont bis zur Umsetzung von Beschlüssen her. Schon aus diesen Gründen seien Projekte, bei denen die Arbeit mit kommunalen Gremien eine Rolle spiele, nur etwas für Erwachsene, oft genug auch hier nur für Fachleute.

Entwicklungspsychologische Bedenken

Das Gefahrenpotenzial der Überforderung durch Partizipation wird oft auch im Gewand entwicklungspsychologischer Bedenken erörtert. Die Altersfrage ist für viele sozusagen die letzte Waffe auf dieser Ebene. Im Allgemeinen scheint hier die Entwicklungspsychologie eher als Grenzsetzung dafür gesehen zu werden, was insbesondere Kinder angeblich alles noch nicht könnten (z. B. im Zusammenhang mit dem Lesen von Bauplänen) - dies meistens sehr einseitig und ohne überraschende Chancenpotenziale zu erkennen (z. B. durch die dreidimensionale und bunte Gestaltung etwa von Spielplatzplänen).

Vorwurf der Ineffizienz

Immer dann, wenn das Contra-Argument der Überforderung nicht mehr voll aufrecht erhalten werden kann, erscheint sogleich ein weiteres: Beteiligung an kommunalen Planungsprozessen durch Kinder- und Jugendprojekte und -gremien sei nicht ergiebig, weil wohl viel, aber ohne echte Sachkenntnisse geredet würde. Bestenfalls würde dies folgenlos bleiben, schlimmstenfalls aber „Sand ins Getriebe“ bringen. Die zuständigen Erwachsenengremien müssten sich nun neben den ohnehin zahlreichen Vorlagen auch noch mit den Vorschlägen von Kindern befassen. Wenn den Kindern und Jugendlichen zu den betreffenden Punkten auch noch Rederecht gewährt würde, „fresse“ das zusätzliche Zeit, was ohnehin schon geschehe, wenn Bürgermeister und Verwaltungsbeamte an den Kinder- und Jugendversammlungen teilnehmen müssten. Auch ohne Kinder- und Jugendbeteiligung würden notwendige Entscheidungen sachgerecht getroffen. Eine „ausufernde“ Einbeziehung mache die fachlichen und politischen Planungsprozesse nur langsamer, ineffektiver und aufwendiger, verlängere und verteuere sie.

In Bezug auf die Ineffizienz könnte man aber auch einen Vorbehalt in die umgekehrte Richtung der Erwachsenen formulieren: Manchmal werden aus pädagogischer Naivität schlechte Ergebnisse eines Beteiligungsprozesses schöngeredet oder nicht wahrgenommen. Ein typisches Beispiel mag eine Schulhofumgestaltung sein, bei der eine phantastische Mobilisierung der gesamten Schule gelang und ein perfekter Partizipationsprozess eingeleitet wurde, aber zum Schluss eine Riesenrutsche auf einem künstlichen Berg zusammenbrach, weil sie nicht fachgerecht befestigt wurde.

Partizipatorisches Innovationsdefizit

Das Argument der partizipatorischen Innovationslücke wird zwar nicht sehr intensiv diskutiert, ist in der Praxis aber durchaus anzutreffen. Gemeint ist Folgendes: Es wird – insbesondere von Fachleuten – festgestellt, bei den Vorschlägen von Kindern und Jugendlichen käme nichts wirklich Neues heraus. Fast alles dort Geäußerte sei den „Polit- Profis“ und Planern schon längst bekannt. Und wenn keine besseren Ideen und Lösungen herauskämen, bräuchte man die Beteiligung doch eigentlich gar nicht.

Es müsste zunächst einmal geklärt werden, ob diese Behauptung zutreffend ist. Einen echten Untersuchungsbeleg in die eine oder andere Richtung gibt es nicht. Allerdings gibt es mannigfache Praxiserfahrungen, die zeigen, dass Kinder und Jugendliche sehr wohl kompetente Antworten und Problemlösungen erarbeiten können. Es scheint wohl eher eine Frage der Methode (bzw. der Qualifikation der begleitenden Erwachsenen) zu sein und der Ernsthaftigkeit seitens der Planer, wirklich neue Anregungen erhalten zu wollen, ob kreative und innovative Ideen herauskommen oder nicht.

Ungerechte Erwartungen

Von Kindern wird das erwartet, was Erwachsene nicht einlösen! Die Erwachsenen haben in den ohnehin zu wenigen Partizipationsangeboten überhöhte Erwartungen: Die Wahlbeteiligung von Kindern und Jugendlichen muss Erwachsenenniveau oder mehr erreichen. Das direkte, über Wahlen hinausgehende Engagement von Kindern muss höher sein als bei Erwachsenen. Diejenigen, die mitmachen, müssen repräsentativer sein usw.

Dies nährt den Verdacht, Kinder und Jugendliche sollten das Demokratieproblem, das die Erwachsenen selbst nicht lösen können, nun stellvertretend für die Erwachsenen bewältigen. Kinder sollen also für manche Erwachsene deren Utopie, die sie nicht verwirklichen konnten, einlösen: *Kinder- und Jugendpartizipation als Metapher für Versagen und Wünsche der Erwachsenenwelt!* Wir „verhaften“ sozusagen Kinder und Jugendliche für die Tatsache, dass wir selber es im Alltag nicht geschafft haben, Demokratie als Lebensform zu etablieren und eine selbstverständliche, unaufgeregte Beteiligungskultur und Alltagspartizipation aufzubauen und das Leitbild „Bürgerkommune“ in der Breite durchzusetzen.

Wahrnehmungsverzerrungen

Erwachsene nehmen regelmäßig ihr eigenes Partizipationsverhalten tendenziös und geschönt wahr und interpretieren die Partizipationschancen der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen als viel zu positiv. So wurden in der Bertelsmann-Studie zur „Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland“ (Bertelsmann Stiftung 2005b, S. 20) die Einschätzungen zur Nutzung der schulischen Beteiligungsmöglichkeiten durch Kinder und Jugendliche gegenübergestellt: Schulleiter beurteilten die Nutzung durch die Schüler in manchen Bereichen fast doppelt so gut ein als die Schüler selber!

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Zur Gefahr der Überforderung

Dem Vorwurf der Überforderung kann fachgerecht durch das *Prinzip der pädagogisch-partizipatorischen Passung* begegnet werden. Dabei wird das inhaltliche und verfahrenstechnische *Anforderungs- und Anspruchsniveau* den Zielgruppen genau angepasst. Man beteiligt z. B. Kinder und Jugendliche grundsätzlich nicht an Entscheidungen, die sie überfordern. Eine Kinderratsversammlung zu den Gesamtproblemen einer Großstadt z. B. übersteigt im Allgemeinen das Planungsvermögen von Kindern. Durch die einfache und verkürzte Übertragung von Sichtweisen und Politikkonzepten aus der Erwachsenenwelt wird nicht nur das Gegenteil dessen bewirkt, was eigentlich bezweckt werden soll: Ablehnung von politischem Engagement, Vergrößerung von Politikdistanz und Politikfrustration.

Zum Gefahrenpotenzial möglicher Überforderung noch folgende Anmerkung von Gerd Brenner (1995, S. 524 f.):

„Anfang 1994 wurde in dem italienischen Ort Aulla ein 14jähriger Kinderbürgermeister gewählt. ‚Sagen Sie nicht‘, hieß es in der NDR-Sendung ‚Themen des Tages‘, da hätten sich bloß wieder Pädagogen was Fortschrittliches ausgedacht und die Kinder, wie üblich, mit Spielgeld aus Pappe beglückt. Nein. Erstens war es der erwachsene Bürgermeister des Ortes, im Zivilberuf Arzt, der die Idee hatte und den Mumm, sie auszuführen – und zweitens verfügt der 14jährige Bürgermeister Achille über einen eigenen 30köpfigen Gemeinderat seines Alters, über ein Büro im Rathaus, über richtige Kompetenzen in den Sparten Umwelt, Sport, Altenhilfe und Jugend – und vor allem verfügt er über einen Etat von rund 100.000 DM.’

Auch in Italien geht es den Erwachsenen darum, das vielbejammerte politische Desinteresse junger Leute abzubauen. Deshalb erhielt der Kinderbürgermeister das Recht, künftig vor jeder Entscheidung des Gemeinderates angehört zu werden. Mehrere Kandidaten für das Amt des Kinderbürgermeisters regten die öffentliche Diskussion unter jungen Leuten so sehr an, dass 92 % der wahlberechtigten Kinder zwischen sechs und 14 Jahren zur Wahl gingen. ‚Hört, hört, ihr Politiker, Jugenddezernenten, Kinderverächter: Es gibt ein politisches Leben vor der Volljährigkeit‘, kommentierte Marianne Linau im NDR (4. 5. 94).“

Kinder und Jugendliche können also sehr wohl ohne Überforderung auch an komplexen Partizipationsaufgaben und sogar *gremienorientiert* arbeiten, wenn die Arbeitsformen kreativ und zielgruppenadäquat sind. Das belegt auch das folgende Beispiel:

In Eutin im Kreis Ostholstein wurde ein Jugendkreistag realisiert, der äußerlich zunächst einmal Erwachsenenformen benutzte: Man tagte in den Räumen des Kreistages. Es wurde auch eine Jugendkreispräsidentin (aber schon hier nach einem „lockeren“ Verfahren in offener Abstimmung) gewählt. Der Rest lief dann ganztägig in Form einer Zukunftswerkstatt ab. Von der offenen Sitzordnung bis hin zum bunten und kreativen äußeren Veranstaltungsdesign war die versteckte „Botschaft“: Hier wird jugendgemäß gearbeitet. Alles, „was hier läuft“, macht Spaß! Die 60 jugendlichen Kreistagsabgeordneten haben viele Ideen zur Verbesserung der Lage der Jugend im Kreis gesammelt, haben mögliche Projekte herausgefiltert und dabei die Erfahrung machen müssen, dass sie nicht alles machen können. Sie mussten Entscheidungen treffen über die Verteilung von 20.000 €, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden und konflikthaft diskutieren: Worauf muss verzichtet werden? Wofür gibt es Mehrheiten, wofür nicht? Das alles geschah nicht in Form jener Erwachsenenrituale, sondern durch intensive Kleingruppenarbeiten, durch Moderations- und Visualisierungsmethoden, mit Collagen, Blockaden brechenden „Blödeleien“ und mit Lockerungsspielen in den Pausen. Die Abstimmungen erfolgten über Klebepunkte auf bunten Postern, die die zur Abstimmung stehenden Alternativen für alle sinnlich erfahrbar und sichtbar machten (roter Faden). Alles in allem Verfahrensweisen, die den Jugendlichen so viel Spaß machten, dass sie bei der einjährigen Umsetzung der beschlossenen Projekte dabei blieben (man bedenke, dass es sich hier nicht um eine einzelne Gemeinde, sondern einen ganzen Flächenkreis handelte) und dennoch die Komplexität der Themen nicht reduzierten. Die Jugendlichen blieben ganz und gar nicht an der Oberfläche stehen. Sie hatten schwierige Probleme und unterschiedliche, z. T. konflikt-hafte Interessenslagen zu berücksichtigen und haben gelernt, mit der Verteilung knapper Ressourcen umzugehen.

Nebenbei bemerkt, scheint es hier gelungen zu sein, die sog. *parlamentarischen* Partizipationsformen und die sog. *projektorientierten* Partizipationsstrategien, die immer so apodiktisch gegeneinandergestellt werden, in einem schlüssigen Konzept miteinander zu versöhnen!

Dies alles zeigt doch, dass das insbesondere gegen Kinder- und Jugendgremien oft geäußerte Contra-Argument der *Überforderung* nicht greift, wenn das *Prinzip der pädagogisch-partizipatorischen Passung* erfüllt wird! Man sollte sich auch klar machen: Kinder- und Jugendbeteiligung im Allgemeinen und Beteiligungsgremien im Besonderen können nicht alles auf einmal leisten. Sie sollen es auch nicht. Beteiligungsverfahren mögen manchmal vielleicht nur ein Übungsfeld sein – freilich bleibt es eines für die politische *Zukunft* der Kinder und Jugendlichen, die dort heute mitmachen oder dort vertreten werden, aber doch morgen schon in der Erwachsendemokratie!

Im Bereich der projektorientierten Beteiligung werden die Bedenken nicht ganz so massiv vorgetragen wie im Bereich der gremienorientierten Partizipation. Die Planung z. B. von Spielplätzen und Spiellandschaften – insbesondere in der Form von Zukunftswerkstätten, wie sie seit Jahren an vielen Orten Schleswig-Holsteins (z. B. in Arnis, Ammersbek und Ramsharde) realisiert wurden oder der Aufbau eines ganzen Stadt- und Erlebnisparks, der gemeinsam von Kindern, Jugendlichen und Senioren errichtet wurde (wie in Schwarzenbek), ist doch auch etwas sehr viel Komplexeres, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Ein anderes Beispiel: Wenn im Jugendgemeinderat Themen wie Radwege, Stadtbusse, Umweltschutz und Ausländerfragen zur Sprache kommen oder die Landesschülervertretung als Projekt neue Konzepte für die Mitbestimmung an Schulen sowie curriculare und methodische Innovationen konzipiert, kann keine Rede davon sein, dass die thematische Komplexität reduziert sei oder eine verfahrensmäßige Simplifizierung erfolge. Auch bei der Entwicklung von Skateranlagen (z. B. in Bad Oldesloe, Schwarzenbek oder durch eine Projektgruppe des Jugendkreistages Ostholstein in Oldenburg) ist eine sehr differenzierte und schwierige Aufgabe. Wer einmal die Errichtung einer solchen Skateranlage von der Ideen- und Konzeptentwicklung über die baurechtliche und umweltrechtliche Prüfung, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Finanzierungsstrategie, den Umgang mit Erwachsenenausschüssen und -gremien usw. sogar bis zum detaillierten technischen Entwurf von „Pipes, Ramps und Carves“ am CAD-Gerät und letztendlich bis zur handwerklichen Umsetzung beim Bau mit einer städtischen Beschäftigungsgesellschaft erlebt hat, wird nicht mehr behaupten, es handele sich nur um ein wenig anspruchsvolles, sehr eingeschränktes Thema. Dies ist nicht nur für Jugendliche ein hochkomplexes Verfahren mit erheblichen Anforderungen und Belastungen, inklusive des Abforderns eines hohen Spannungsbogens und eines langen Zeithorizontes von mindestens einem Jahr. Manche Erwachsene in einem städtischen Bauausschuss könnten viele dieser Arbeitsschritte (die sich vom Bau eines städtischen Gebäudes nur graduell unterscheiden), die der Autor im Rahmen von Beteiligungs spiralen in Schleswig-Holstein oft genug mit Jugendlichen durchgeführt hat, gar nicht bewältigen und würden sich ganz und gar auf die Fachleute aus der Verwaltung verlassen. Für Jugendliche offenbar keine soziale und politische Überforderung! Aber: auch keine Unterforderung, eben eine gute Erfüllung des Partizipations-Prinzips der *pädagogisch-partizipatorischen Passung*.

Zum Aspekt der entwicklungspsychologischen Bedenken fasst Richard Schröder (1996b, S. 100) in seinem Fachaufsatz „Psychologie und Recht – Grundlagen der Partizipation“ in Anlehnung an Oerter Erkenntnisse aus der Entwicklungspsychologie zusammen, die eine hilfreiche Antwort darstellen auf Fragen insbesondere im Zusammenhang mit der „Eignung“ von Kindern für Partizipationsformen:

„... Im Alter von ca. sechs Jahren, also mit Beginn des Grundschulalters, baut sich die Fähigkeit zu logischem Denken auf und Kinder sind in der Lage, logische Schlüsse zu ziehen [...]. Spätestens ab diesem Alter sind Kinder ernst zu nehmende Partner. Ab nun gibt es keine Entschuldigung mehr dafür, sie nicht an Entscheidungen, die sie selbst betreffen, mitwirken zu lassen. Im Gegenteil, im Regelfall sollte die kindliche Meinung den Ausschlag geben, sofern dem Kind die nötige Information zur Verfügung steht [...].“

Zumindest also in Projekten, in den offenen, weniger formalen Kinder- und Jugendforen und sicher auch in vom Alter her nach oben eingeschränkten reinen Kinderparlamenten scheinen bei adäquatem Methodenangebot gute Chancen auf aktive Beteiligung auch von Kindern zu bestehen.

Mögliche Lösungsansätze zum Vorwurf der Ineffizienz

Selbstverständlich muss Demokratie auch effektiv sein. Schlechte Ergebnisse von Partizipation sind kontraproduktiv. Fachlichkeit, gute Ergebnisse auf der einen und angemessene Beteiligung auf der anderen Seite sind nur jeweils eine Seite derselben Medaille. Die Chancen stehen hier aber nicht schlecht, denn gute und nutzergerechte Ergebnisse, das weiß jeder moderne Planer, kommen nur unter Beteiligung der Nutzer zustande. Man sollte aber immer auch sehen, dass Demokratisierung sogar besondere Chancen der Steigerung von Effizienz eröffnet! Effektivierung durch Demokratisierung erfolgt, wenn man bei sozialen Problemlösungen in der Kommune die Kräfte und die Ressourcen der Vielen statt nur der Wenigen nutzt, wenn man also insbesondere das Expertenwissen und die Ideen von unten nutzt. Das berühmte Verkehrsprojekt im dänischen Odense, bei dem Kinder und Jugendliche mit ihren Vorschlägen zu spektakulären Verringerungen der Schulwegunfälle beitrugen, zeigt, dass die Leitidee der Expertenschaft von Kindern und Jugendlichen endlich anerkannt und genutzt werden muss. Mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam entwickelte Lösungen sind oft viel nutzerfreundlicher und ersparen viele und immer wieder neue Zufallsversuche, es den Nutzern recht zu machen. Im Übrigen steigt nach Beteiligungen die spätere Identifikation mit den Problemlösungen. Bei Beteiligungsprojekten im städtischen Raum nehmen anschließend auch Gewalt und Vandalismus in diesen Bereichen ab.

Mögliche Lösungsansätze zum Vorwurf des „partizipatorischen Innovationsdefizits“

Es müssen fachgerechte Methoden auf dem Hintergrund gut qualifizierter begleitender Erwachsener eingesetzt werden. Dann kommen mit Sicherheit kreative und innovative Ideen heraus. Dann gibt es keinen ernsthaften Grund an der Leitidee der Expertenschaft von Kindern und Jugendlichen zu zweifeln. Das zeigen z. B. markante und erfolgreiche Beispiele aus den so schwierigen Gebieten der Verkehrsplanung oder aus der Bauleitplanung.

Beim Entwickeln eines großen *Bürgerparks in Schwarzenbek* (bei dem Kinder, Jugendliche und Senioren gemeinsam planten) gab es vorher einen langweiligen Architektenentwurf. Die neuen gemeinsamen Vorschläge von drei beteiligten Gruppen waren dann viel farbiger und zielgruppengenaue. Sie waren innovativer und besser! Im Übrigen berücksichtigt das Argument des angeblichen „partizipatorischen Innovationsdefizits“ und die Behauptung, man könne es auch bleiben lassen, wenn doch dasselbe herauskomme, überhaupt nicht die Tatsache, dass es einen gewaltigen Unterschied macht, ob jemand einen Vorschlag selber erarbeitet, ihn fertig übernimmt oder gar nur verordnet bekommt. Das hat erhebliche Folgen für die Identifikation mit der Sache und das nachfolgende Engagement (z. B. auch für die Weiterentwicklung und Pflege von Projekten).

Mögliche Lösungsansätze zum Aspekt der ungerechten Erwartungen

Es gibt mit Sicherheit kein didaktisches Angebots- und Methodendefizit in der Kinder- und Jugendpartizipation. Wir wissen praktisch alles über geeignete Beteiligungsformen, -themen und -methoden. Es gibt Modellbeispiele ohne Ende. Probleme bereiten also nicht ein zu geringer Wissens- und Erkenntnisstand zur Sache, sondern wohl eher ausgeprägte *Einstellungs- und Handlungsdefizite aufseiten der Erwachsenen!* Die müssen sich verändern, bei sich selber anfangen und den Kindern und Jugendlichen Demokratie selber vorleben! Ein besonderer Schwerpunkt dieser Einstellungsänderungen müsste bei den Politikern, der Verwaltung und der Pädagogik liegen. Im Übrigen sind Kinder und Jugendliche bei Widerständen gegen Partizipationsprojekte rückhaltlos und parteilich zu stützen.

3.2. „Knackpunkt“ 3: Dominanz von Erwachsenen

Versteckte Erwachsenenprojekte

Im Bereich der parlamentarischen Formen wissen wir es: „In der Regel bringen Erwachsene Jugendgemeinderäte auf den Weg“ (Hermann 1996c, S. 45). Deshalb sollte immer genau geprüft werden: Werden das Partizipationsprojekt und die gewählte Partizipationsform wirklich von den Adressaten selber gewollt oder werden sie ihnen nur von außen aufgepfropft? Handelt es sich eigentlich um ein „Erwachsenenprojekt“? Entspricht das Partizipationsprojekt der Interessenslage von Kindern und Jugendlichen? Wollen diese überhaupt etwas bewirken, verändern, aufbauen? Wenn die betroffenen Kinder das eigentlich gar nicht wollen, keinen echten Problemdruck und keine Veränderungsmotivation spüren oder durch eigene Bemühungen keinerlei Realisierungschancen für ihre Ideen und Konzepte sehen, dann werden die Partizipationsgremien „mitunter schnell, wenn die erwachsenen Akteure das Interesse an solchen Modellen verlieren“, verschwinden (Hermann 1996c, S. 31).

Asymmetrische Kommunikation

Brigitte Lindner und Rainer Wiebusch benannten schon im Rahmen der ersten Welle des Diskurses um die Kinderpartizipation in den neunziger Jahren in „Parlament der Kinder“ (Deutsches Kinderhilfswerk 1993b, S. 42) stichwortartig das Gefahren- und Problempotenzial asymmetrischer Kommunikation, also des unangemessenen Umgangs mit Kindern und Jugendlichen:

- „Veranstaltungen, die folgenlos bleiben Versprechungen abgeben und diese nicht einhalten
- Einladungen annehmen und nicht hingehen
- schulmeisterliches und belehrendes Auftreten ...
- Hinweise auf ‚übergeordnete Instanzen‘ “

Sie nannten weiterhin:

- „Das Kopieren von Erwachsenenritualen
- Aktionen und Diskussionen, die Kinder überfordern ...
- falsche Einschätzung von kindlichen Kompetenzen und Emotionen
- ironisches und arrogantes Auftreten gegenüber Kindern („Killerphrasen“)
- langatmige und unverständliche Reden (die sich an Erwachsene wenden und über die Köpfe der Kinder hinweggehen)“

Ingrid Rass (Deutsches Kinderhilfswerk 1993b, S. 20 ff.) ergänzte aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Runden Tisch: „Große Probleme macht die Unbeweglichkeit vieler Erwachsener. Der traurige Vorwurf ‚Uns nimmt niemand ernst‘ drückt nach wie vor Bewusstsein und Lage der Kinder aus, die nach wie vor von den meisten Erwachsenen für dumm verkauft werden. Demgegenüber verändern sich die Kinder laufend. Sie erkennen schnell ernst zu nehmende Partner und gehen neue Wege. ‚In Zukunft kommen sie zu uns, Frau Senatorin, jetzt gibt es die Kinderversammlung‘, entgegnete ein Kind auf das Angebot, die Sprechstunde im Senat für ein Gespräch wahrzunehmen“.

„Leitung“ und „Führung“ statt „Moderation“ von sozialen und politischen Kommunikationsprozessen

Oft sind Fragestellungen wie die folgenden nicht im Bewusstsein der Projektbeteiligten verankert: Wird die fachlich gebotene „Philosophie“ der Moderation von sozialen und politischen Kommunikationsprozessen (statt *Leitung* und *Führung*) beachtet? Wird vertraut auf die Fähigkeiten und Ressourcen der Betroffenen? Wird ihnen mit moderatischer Unterstützung die Lösung von Problemen selber zugetraut, statt sie durch die Leitung oder Führung fertig vorzugeben? Ist die Steuerung des Prozesses eher unterstützend-moderatorisch oder lenkend?

Defizitbereich „Ansprache“

Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit haben noch keine angemessenen Formen der Ansprache von Jugendlichen und des Dialoges mit ihnen „auf gleicher Augenhöhe“ gefunden (jugendspezifische Kommunikations- und Vermittlungsformen).

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Zum Aspekt der Erwachsenen Dominanz

Es sind spezielle Konzepte der Kommunikation von Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit mit Kindern und Jugendlichen („Ansprache“) zu entwickeln.

- Versteckte Erwachsenenprojekte müssen vermieden werden.
- Das Partizipationsprojekt und die gewählte Partizipationsform müssen von den Adressaten selbst gewollt und nicht von außen aufgepfropft werden.
- Das Vorhaben muss der Interessenlage der betroffenen Kinder und Jugendlichen entsprechen.
- Die Kinder und Jugendlichen müssen auch selber etwas bewirken, verändern, aufbauen wollen.
- Die Kinder und Jugendlichen müssen einen echten Problemdruck und Veränderungsmotivation verspüren.
- Die Kinder und Jugendlichen müssen ernsthafte Realisierungschancen für ihre Ideen und Konzepte sehen.

Hier ist die Beratungskompetenz der professionellen Pädagogen im Stadtteil gefragt. Sie kennen die Lebenswelt und Interessen der Kinder und Jugendlichen am besten. Ihre Aufgabe ist es, Politik, Verwaltung und andere Erwachsene, die gerne ein Partizipationsprojekt starten wollen, vor möglichen Fehleinschätzungen zu bewahren. Im Übrigen gilt natürlich: Auch bei der Wahl der Partizipationsform und des Gegenstandes eines Projektes ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine Selbstverständlichkeit. Sie nicht zu fragen, ist immer ein pädagogisch-partizipatorischer *Kunstfehler*.

„Der Einfluss Erwachsener muss auf die absolut notwendige Förderung begrenzt sein. ... Jugendliche ... brauchen diese ... Förderung durch Fachleute. Kommunale Prozesse müssen durchschaubar gemacht, Hintergrundinformationen vermittelt, die eine oder andere Rechtsfrage geklärt werden. Auch eine praktische Unterstützung (Kopierarbeiten usw.) kann notwendig sein. Ohne faire Förderung durch Erwachsene kann kaum ein Modell sinnvoll arbeiten und dauerhaft überleben. Die Erwachsenen, die sich hier engagieren, bewegen sich auf einem schmalen Grat zwischen notwendiger Förderung und unzulässiger Bevormundung. Der Schritt vom Erklären eines laufenden Entscheidungsprozesses zum Vorformulieren der Position Jugendlicher hierzu ist nur klein. Es spricht viel dafür, mit der Begleitung der Jugendlichen Erwachsene zu betrauen, die in ihrer Ausbildung gelernt haben, als Moderatoren zu fungieren, sich aber inhaltlich zurückhalten“ (Hermann 1996c, S. 31 f.).

Lösungsansätze und Forderungen zur asymmetrischen Kommunikation

Es geht darum, bei der direkten Begegnung von Kindern und Jugendlichen einerseits und Erwachsenen andererseits möglichst durchgehend das *Prinzip der symmetrischen Kommunikation* zu verwirklichen und asymmetrische Kommunikation konsequent abzubauen. Lindner/Wiebusch meinen, dass hier folgende Standards und Verhaltensweisen hilfreich für alle Beteiligten sein könnten:

- „Kinder ernst nehmen
- die Sprache der Kinder akzeptieren
- die Sichtweise von Kindern anerkennen
- Kindern zuhören

- Ergebnisse nachvollziehbar und überprüfbar machen (positiv sowie negativ)
- den konkreten Bezug zur Lebenswelt der Kinder herstellen
- Veranstaltungen kindgemäß gestalten, mit Kindern gemeinsam vorbereiten
- von Anfang an Berührungspunkte abbauen
- Toleranz und ein gemeinsames Miteinander für alle Beteiligten in den Mittelpunkt stellen
- jede Frage erlauben – im Prinzip alles thematisieren, was Kinder bewegt und betrifft
- miteinander und nicht übereinander lachen
- intensive Öffentlichkeitsarbeit vor und nach der Veranstaltung gemeinsam mit Kindern gestalten
- Bedürfnisse und Ideen von Kindern in politische Gestaltungskonzepte aufnehmen“ (Deutsches Kinderhilfswerk 1993b, S. 42 f.)

Politische Funktionen, Rollen und Macht können durchaus dazu genutzt werden, die Anliegen von Kindern und Jugendlichen wirkungsvoller (als wenn sie es alleine täten) gegenüber den Erwachsenen und der Öffentlichkeit ins Spiel zu bringen. Wir haben diese positive Variante des Machtgebrauchs in manchen Beteiligungsprojekten – und zwar gar nicht mal selten – erlebt. So stellte sich etwa der Bürgermeister von Bad Oldesloe in einer öffentlichen Konfliktlage auch gegen einen Teil der Öffentlichkeit und einige Einzelinteressen rückhaltlos vor die jugendlichen Skater, die ohne diese Unterstützung ihr Projekt niemals hätten realisieren können.

Zum Defizitbereich „Moderation“

Soll in einem gemeinsamen und demokratischen Prozess erfolgreich kommuniziert werden, bedarf es zunächst einmal grundlegender moderatorischer Werte und Einstellungen (z. B. der Gruppe etwas zutrauen). Es bedarf aber auch moderatorischer Kompetenzen und Techniken, in der Regel sogar der Hilfe von ausgebildeten und qualifizierten Moderatoren als Katalysatoren im gruppeninternen oder öffentlichen kommunalen Kommunikationsprozess. Lindner/Wiebusch betonen: „Zumindest für die ersten Begegnungen empfiehlt sich eine Moderation. Diese Person sollte Erfahrungen haben im Umgang mit Kindern, sie vermittelt zwischen den Gesprächspartnern und präzisiert bzw. ‚übersetzt‘ Fragen und Antworten, sie bereitet Kinder und Erwachsene gleichsam auf die Veranstaltung vor und visualisiert Themen für alle gut sichtbar“. (Deutsches Kinderhilfswerk 1993b, S. 43)

Zum Defizitbereich „Ansprache“

Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit müssen erst noch angemessene Formen der Ansprache von Jugendlichen entwickeln. Jugendspezifische Kommunikations- und Vermittlungsformen des Dialoges mit Kindern und Jugendlichen „auf gleicher Augenhöhe“ sollten Bestandteil der entsprechenden Ausbildungsgänge, z. B. auf Verwaltungsakademien u. Ä. werden. Erste Arbeitshilfen liegen vor (vgl. z. B. Dammler 2006).

3.3. „Knackpunkt“ 4: Vernachlässigung fundamentaler normativ-ethischer Prinzipien

Mangelnde Anerkennung der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche Träger eigener Rechte sind

Kinder und Jugendliche werden nicht als Träger eigener Rechte – insbesondere gegenüber den Erwachsenen – gesehen, wie es die UN-Kinderrechtskonvention ja versteht. Den Kindern werden „großzügig“ Rechte gewährt („Konzession“), die sie schon haben. Partizipation, Selbstbestimmung und Mitbestimmung werden bestenfalls pädagogisch verbrämt und gewendet: Kinder sollen in Projekten lernen, aber nicht entscheiden („pädagogische Übungen“). Sie sind damit Objekte und eben nicht Subjekte mit eigenen Entscheidungsrechten in ihrer Lebenswelt.

Instrumentalisierung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche werden von den Erwachsenen teilweise für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert. Viele Partizipationsangebote (gerade Kinder- und Jugendparlamente) sind versteckte Erwachsenenprojekte und haben Alibicharakter. Kinder und Jugendliche sind auch oft nur „schmückendes Beiwerk“ für Erwachsenenveranstaltungen, werden für symbolische Politik missbraucht („Baby-Kissing“). Dies sind deutliche Gefahrenquellen, die einer seriösen und erfolgreichen Praxis von Partizipation im Wege stehen (Deutsches Kinderhilfswerk 1993 b, S. 42).

Hermann (1996c, S. 32) betont, „dass es aus strukturellen Gründen der Verwaltung und dem Oberbürgermeister leicht gemacht werde, die Jugendlichen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Diese strukturellen Gründe sind das noch nicht voll ausgebildete Artikulationsvermögen der Jugendlichen, der Vorsprung Erwachsener durch ihr Fachwissen und strategisches Know-how“.

Scheinbeteiligung und mangelnder Ernstcharakter

Die Gefahr der Scheinbeteiligung, des möglichen „partizipatorischen Alibis“ ist allgegenwärtig. Dieser Vorwurf wird deshalb immer wieder vor allem gegenüber den parlamentarischen Beteiligungsformen i. e. S., also gegenüber Kinder- und Jugendgemeinderäten artikuliert (wenn etwa über kaum vorhandene Beschlussrechte und Einflussmöglichkeiten geklagt wird oder wenn behauptet wird, die behandelten Themen seien eher einfacher Natur). Hermann meint im Hinblick auf die Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg, die Themen stammten fast ausschließlich „aus dem Bereich des schlichten Verwaltungshandelns. Angelegenheiten, die von langfristiger und grundsätzlicher Bedeutung für die Lebensqualität junger Menschen sind, spielen aufgrund der angestrebten geringen Komplexität kaum eine Rolle und werden deshalb auch nicht mit dem Votum der jugendlichen Mitglieder versehen, im Gemeinderat diskutiert. Der größte Teil aller Tagesordnungspunkte verläuft ohne wirkliche Diskussion“ (Hermann 1996c, S. 59).

Der *Ernstcharakter von Partizipation* ist nicht nur für die parlamentarischen Formen, sondern auch für alle anderen Beteiligungsformen zurzeit weitgehend nicht gesichert! Die Erwachsenen sind derzeit offenkundig nicht bereit, zu teilen und in den anstehenden Fragestellungen ein Stück weit Macht und Entscheidungskompetenzen abzugeben. Der mangelnde Ernstcharakter drückt sich auch dadurch aus, dass Bürgermeister und andere Entscheidungsträger mit Kindern und Jugendlichen noch zu oft im Kontext von symbolischer Politik und „Baby-Kissing“ – also inszenierten PR-Aktionen ohne ernsthaften Hintergrund und ohne Folgen – kommunizieren.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Prinzip „Kinder und Jugendliche als Träger eigener Rechte“

Kinder und Jugendliche sind als Träger eigener Rechte zu sehen, zu schützen und zu fördern. Die Kinderrechte müssen endlich – wie vor einhundert Jahren die Frauenrechte – flächendeckend bekannt gemacht und zum Allgemeingut werden. Kinderrechte und Kinderschutz sind kein Problem der Entwicklungsländer. Als Ausdruck von Menschenrechten haben sie auch in unserer sich entwickelnden Zivilgesellschaft allerhöchste Relevanz. Sie gehören in alle Länderverfassungen und ins Grundgesetz. Der Tierschutz hat dies an vielen Stellen bereits seit Langem geschafft. Der Vorschlag für die nicht ratifizierte EU-Verfassung hatte für die Kinderrechte schon einen akzeptablen Vorschlag gemacht.

Wir Erwachsenen müssen im Übrigen bei uns selber anfangen und den Kindern und Jugendlichen Demokratie in ihrem Wechselspiel von Rechten und Pflichten (Verantwortungsübernahme) selber vorleben.

Prinzip „Instrumentalisierungsverbot“

Kinder und Jugendliche dürfen durch Beteiligung nicht von den Erwachsenen für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert werden! Es darf keine versteckten Erwachsenenprojekte geben (z. B. wenn Erwachsene Parlamente deshalb fördern, weil sie diese Form kennen oder wenn sie primär politischen Nachwuchs erzeugen wollen, aber bis dahin nicht bereit sind, zu teilen). Politik, Verwaltung und Pädagogik dürfen Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche auch nicht missbrauchen, um vordergründig ihre Jugendfreundlichkeit zu demonstrieren u. Ä. Die Bereitschaft zur Partizipation sollte immer Substanz haben und einen offenen Ausgang ermöglichen.

Prinzip „Ernstcharakter“

Der Ernstcharakter von Partizipation beweist sich an der Leitidee tatsächlich vorhandener *Realisierungschancen*. Simulationen ohne das Merkmal der Ernsthaftigkeit sind Pseudo-Partizipation und daher abzulehnen.

Beteiligung muss *immer* ernst gemeint sein! Geschieht dies wirklich konsequent? Wird immer gefragt, ob die Verwirklichungschancen eines Projektes realistisch sind, und werden Simulation und Beteiligungsspielwiesen vermieden? Kinder dürfen z. B. an der Planung eines Spielgeländes nur beteiligt werden, wenn für die Umsetzung auch wirklich Haushaltsmittel zur Verfügung stehen und gewährleistet ist, dass die Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen verbindlich in die Planungen integriert werden. Alibiveranstaltungen werden von Kindern und Jugendlichen schnell durchschaut.

Die Erwachsenen müssen alles in allem viel stärker bereit sein zu *teilen* und in den anstehenden Fragestellungen etwas von ihrer *Macht* und den *Entscheidungskompetenzen abzugeben* an die Kinder und Jugendlichen. Partizipation im kommunalen Raum muss von der *Ausnahme zur Regel* werden, Kinder- und Jugendpolitik im Allgemeinen und Partizipation im Besonderen müssen einen viel *größeren Stellenwert* in den Kommunen gewinnen.

Auch die Förderpraxis für Kinder- und Jugendarbeit kann ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Erhöhung des Ernstcharakters von Beteiligung sein. In etlichen Bundesländern erhalten Antragsteller (Kommunen, Verbände, Vereine sowie ihre Kinder- und Jugendgremien) Fördermittel der zuständigen Ministerien grundsätzlich erst, wenn sie verbindliche Beschlüsse gefasst haben über ernst zu nehmende Beteiligungskomponenten (z. B. Antrags- und Rederecht in den Erwachsenengremien zu Kinder- und Jugendfragen und gewisse finanzielle Kompetenzen). Landesjugendpläne, aber auch Förderprogramme der Kreise, nehmen mittlerweile immer häufiger das Förderkriterium „Partizipation“ auf.

In dem bereits genannten Beispiel des Jugendkreistages Eutin hatten die Jugendlichen wirklich etwas zu sagen: Sie haben 20.000 € erhalten, die sie in eigener Verantwortung verwalteten. Sie verteilten das Geld auf Projekte vor Ort und förderten sie. Sie arbeiteten auch dem Jugendhilfeausschuss zu. Wie gesagt – eine vernünftige Integration von parlamentarischen und projektorientierten Formen.

Bei einem Jugendspielplatz in Ammersbek gab es zunächst einen Brief der Kinder an den Bürgermeister und Beschlüsse der Gemeindevertretung über 60.000 € für Spielplatzveränderungen und erst dann den eigentlichen Beteiligungsprozess (über ein projektorientiertes Kinderforum, über Planungszirkel mit der bauausführenden Beschäftigungsgesellschaft und die Mithilfe beim Bau).

Nicht ernst gemeinte Beteiligung ohne echte Einflusschancen der Kinder und Jugendlichen muss immer und überall erkannt und verhindert werden. Ein permanenter kritischer Blick ist sozusagen ein Gütekriterium guter Partizipation! Nur so kann symbolische Beteiligung mit unehrlicher Etikettierung erkannt und vermieden werden.

Übrigens wird im Hinblick auf Jugendparlamente deren Ernstcharakter oft prinzipiell infrage gestellt. Es ist aber unsicher, ob dieser Vorwurf in seiner Absolutheit zutrifft. In der empirischen Untersuchung von Michael Hermann (1996d, S. 57) über Jugendgemeinderäte waren immerhin rund 60 % der jugendlichen Mitglieder der Meinung, „dass die Meinungen und Beschlüsse des Jugendgemeinderates ... gut oder eher gut“ vom zuständigen „Gemeinderat und der Stadtverwaltung aufgenommen und umgesetzt worden sind“ (28,1 % „Nein“ bzw. „Eher nein“).

3.4. „Knackpunkt“ 5: unzureichende Qualifizierung von Erwachsenen – fehlendes methodisches Wissen und Können

Beteiligungsvorhaben scheitern zurzeit teilweise immer noch an dem Fehlen einer fachlich fundierten Begleitung. Die qualifizierte Unterstützung bei der Implementation von Partizipationsstrukturen für Kinder und Jugendliche durch qualitätsvolle komplexe kommunalpolitische Beratungsprozesse ist immer noch nicht selbstverständlich.

Deshalb gibt es eine Reihe von „Knackpunkten“, die von selbsternannten „Fachleuten“ zu verantworten und mit Qualifikationsdefiziten erklärbar sind. Oft genug kann beobachtet werden, dass in ambitionierten Projekten die gewählte Partizipationsmethode nicht zum Thema oder zur Situation vor Ort passt (fehlende Methoden- und Zielpassung). Es wird z. B. unter großer Beteiligung der Politik ein Jugendforum zur städtischen Jugendpolitik veranstaltet oder ein Parlament gegründet. Die Jugendlichen wollen aber lediglich die Schließung ihres Stadtteil-Treffs verhindern.

Manchmal kommt es auch zum Wecken unrealistischer Erwartungen („Alle Wünsche können erfüllt und umgesetzt werden ...“). Häufig wird z. B. bei guter Stimmung eine Flut an Wünschen und Ideen induziert, die dann aber unbearbeitet stehen bleibt. Mangelnde Prioritätenvereinbarungen verhindern die Fokussierung auf das Umsetzbare und Machbare.

Hin und wieder gibt es auch die Wahl einer falschen oder schlecht geeigneten Zielgruppe für ein Partizipationsprojekt. Einen Bebauungsplan mit einer Skaterinitiative zu versuchen – statt mit einer Schulklasse, für die dies eine spannende Abwechslung im Unterricht wäre – mag ein Beispiel sein.

Das alles ist auch durch mangelnde Qualifikation zu erklären. Diese kann erworben werden. Entsprechende Programme (z. B. ein Training für Prozessmoderatoren von Teilnehmungsprojekten) hat der Autor seit vielen Jahren für die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen, das Deutsche Kinderhilfswerk und die Bertelsmann Stiftung entwickelt und durchgeführt (vgl. z. B. Stange/Schack 2007). Es fehlt aber an flächendeckenden Maßnahmen der Personalentwicklung in diesem Bereich. Es gibt also neben der noch zu diskutierenden mangelnden Qualifizierung der betroffenen Zielgruppen selber auch noch genügend Defizite im Bereich der Qualifizierung von unterstützenden Erwachsenen.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Ansatzpunkt: Qualifizierung von Erwachsenen

Die genannten Defizite lassen sich nur durch Information und Qualifizierung ausgleichen. Benötigt werden breit gefächerte Maßnahmen der Personalentwicklung in diesem Bereich (durch ein Training für Prozessmoderatoren bzw. auch für Mediatoren oder für Kommunalberater mit Coaching- und Praxisberatungsqualifikation) sowie unterstützende Schulungsmaterialien, Veröffentlichungen und Medien zum Selbststudium.

Das benötigte Know-how in diesem Bereich ist sicher inzwischen vorhanden. Es geht nur noch darum, es zu transformieren. Aus diesem Grunde engagieren sich die Bertelsmann Stiftung und das Deutsche Kinderhilfswerk zurzeit ja auch verstärkt in diesem Bereich.

Eine wichtige Aufgabe wäre es auch, das Thema Partizipation in Hochschul-Curricula für Lehrer und Sozialarbeiter aufzunehmen.

Auch Schulungen für Politik und Verwaltung sind dringend erforderlich. Die bereits erwähnte Aufnahme des Themas in den Ausbildungsplan der Verwaltungsschulen für Kommunalbeamte ist überfällig.

4. Die Kinder und Jugendlichen als Problem

4.1. „Knackpunkt“ 6: reale Überforderung durch Partizipation

Es gibt gelegentlich durchaus Überforderungen von Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsprozessen, z. B. durch

- Befassung von Kindern und Jugendlichen mit Themen, die sie nicht übersehen können (aber: Vorsicht Ausrede!)
- zeitliche Überforderung von Kindern und Jugendlichen
- „Überstülpen“ von Partizipationsprojekten (Kindern und Jugendlichen werden aufgrund von Erwachseneninteressen Vorhaben aufoktroiert)
- inhaltliche Überforderung von Kindern und Jugendlichen (komplizierte Arbeitsfelder wie z. B. die mittelfristige Finanzplanung einer größeren Kommune)
- Überforderung in der Weise, dass man sich zu viel vornimmt (alles auf einmal, zu viele oder zu große Projekte)

Beteiligungsangebote durch Kinder- und Jugendgremien sind gelegentlich auch nicht kindgerecht und überfordern Kinder (oft genug auch Jugendliche), z. B. aufgrund der falschen *Altersstufe* der Kinder, aufgrund von Struktur und Umfang des *Themas* und vom gewählten *Gremienverfahren* her. Die konsequente Kopie der Erwachsenengremien im Wahlverfahren bis hin zum d'Hondtschen System, die strenge Befolgung von Gemeindeordnung, Hauptsatzung und Geschäftsordnung – wie teilweise in baden-württembergischen Jugendgemeinderäten üblich – kann nicht nur eine Überforderung jüngerer Kinder sein, sondern auch sprachlich weniger entwickelter Unterschicht-Jugendlicher. Eine solche Orientierung an Erwachsenenritualen motiviert sicher auch ältere Jugendliche nicht besonders für Politik. Sie ist kein Signal nach dem Muster „Politik ist steuerbar, ist sinnlich, interessant und macht Spaß! Ich kann etwas bewirken!“ Dabei ist manches Vorausgesetzte gar nicht erforderlich, um die von Hermann (1996b, S. 29) geforderte Vermittlung von Politik (so, „wie sie tatsächlich ist“) in ihrer Konflikthaftigkeit und Komplexität zu ermöglichen. Um dieses wichtige Ziel zu erreichen, muss man nämlich nicht vorher alle Winkelzüge von Geschäftsordnungen beherrschen.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Kinder und Jugendliche sollten grundsätzlich nicht an Entscheidungen beteiligt werden, die sie vom Inhalt und der Methode her oder auch vom Umfang der Aufgabe und der damit verbundenen Verantwortung her überfordern. Das inhaltliche und vom Verfahren her gebotene *Anforderungs- und Anspruchsniveau* muss den Zielgruppen also immer genau angepasst sein (vgl. dazu das bereits erwähnte *Partizipationsprinzip der pädagogisch-partizipatorischen Passung*). Man sollte hier aber auch nicht zu vorsichtig sein. Es ist möglich, schrittweise Erfahrungen mit den konkreten Kindern und Jugendlichen der eigenen Gemeinde zu sammeln und die Beteiligungsprojekte

und -modelle ebenso schrittweise weiterzuentwickeln und anzupassen. Eine regelmäßige Evaluation (Monitoring) von Partizipationsprogrammen kann hier wertvolle Hilfen bieten. Ein guter Indikator ist das manifeste Interesse von Kindern und Jugendlichen für ganz bestimmte Themen und Methoden und ganz schlicht die Teilnahmehäufigkeit („Abstimmung mit den Füßen“).

4.2. „Knackpunkt“ 7: mangelndes Interesse bei Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sind keine „höheren Wesen“ oder die besseren Menschen. Sie sind genauso fehlbar und unvollkommen wie Erwachsene auch. Deshalb kommt es durchaus vor, dass sie – ohne dass Erwachsene größere Fehler begangen hätten – einfach demotiviert, desinteressiert und unengagiert sind.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Andere Interessen, Bequemlichkeit, Demotivation und Ignoranz in Rechnung stellen

Sicher muss zunächst immer das strategische und methodische Instrumentarium der Partizipationspädagogik ausgelotet werden, wie es z. B. die *Partizipationsspirale* der Bertelsmann Stiftung nahe legt: Informationen, Qualifikation, Erhöhung der Partizipationsintensität in der Schule, die Beteiligungspotenziale von Vereinen ausschöpfen, die Partizipationszufriedenheit am Wohnort ausbauen (Schneider/Fatke 2007, S. 141). Ansonsten gilt realistisch – wie auch in der Erwachsenenendemie –, dass man nicht alle Kinder und Jugendlichen erreichen kann. Allerdings dürfte das Mitwirkungspotenzial erheblich größer sein als das derzeitige Beteiligungsangebot – so die Studie „mitWirkung!“ der Bertelsmann Stiftung (2005a, S. 61). Entscheidend ist, dass die *kritische Masse*, die zum problemlosen Funktionieren der Demokratie gehört, auch zahlenmäßig immer erreicht wird. Das dürfte im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung bei Weitem noch nicht der Fall sein.

4.3. „Knackpunkt“ 8: fehlende Qualifikation und Information der Kinder und Jugendlichen

Mangelnde Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen

Auch wenn sich schon viele Gemeinden glaubhaft auf den Weg gemacht haben und ein ansehnliches Beteiligungsangebot vorhalten, kann es dennoch zu Problemen kommen. Kinder und Jugendliche haben z. B. Misserfolgserlebnisse und ziehen sich danach zurück. Beteiligungszufriedenheit ist ein entscheidender Erklärungsfaktor für weitere Beteiligung, so die Bertelsmann-Studie zur Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland (Bertelsmann Stiftung 2005b, S.33 ff. u. 38 ff.). Es reicht also nicht, Kindern und Jugendlichen großzügige formale Möglichkeiten der Beteiligung zu bieten. Sie müssen auch in die Lage versetzt werden, durch zusätzliche Unterstützung in Form von Lernhilfen für Kompetenzerwerb *Selbstwirksamkeit* zu erfahren und Erfolgserlebnisse zu haben. Beteiligung braucht also Qualifikation auch der Betroffenen (s. u.).

Mangelnde Information von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche haben ein großes Defizit an Informationen über Partizipationsangebote. Dieser Bedarf an Informationen wird zurzeit auf keiner der relevanten Handlungsebenen von Kindern und Jugendlichen befriedigt, schon gar nicht in lebensweltnaher Form. Ein zentrales Ergebnis der Studie „mitWirkung!“ der Bertelsmann-Stiftung (Bertelsmann-Stiftung 2005b, S. 39) war der Sachverhalt, dass Kinder und Jugendliche häufig nicht ausreichend informiert sind über Kinder- und

Jugendrechte und Beteiligungschancen, vor allem nicht über die konkreten Beteiligungsangebote vor Ort. Dies muss natürlich zu reduziertem Beteiligungs-Engagement führen.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Ansatzpunkt „Informationsbedürfnisse befriedigen“

Es muss viel stärker als bisher über Kinder- und Jugendrechte und Beteiligungsangebote vor Ort (die teilweise aber auch erst einmal entwickelt werden müssen) informiert werden. Dabei müssen moderne Medien und Techniken (Internet) und die Instrumente der Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit mit jugendgemäßer Orientierung ausgebaut werden. Die Betroffenen müssen also über die verschiedensten kinder- und jugendnahen Medien informiert und über breiteste Maßnahmen qualifiziert werden, um kompetent partizipieren zu können. Ein gelungenes Beispiel ist die von Jugendlichen mit entwickelte Broschüre „Junge Menschen wollen sich beteiligen“ zu den empirischen Ergebnissen der Bertelsmann-Studie „Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland“ (Appel 2006).

Ansatzpunkt „Demokratie trainieren“: Qualifizierung von Betroffenen

Man muss den Kindern und Jugendlichen weitere handfeste Stützmaßnahmen, Artikulations- und Lernhilfen zum Erwerb der Partizipationsfähigkeit anbieten. Sie müssen *trainiert* werden für Partizipation (z. B. durch Trainings für Schülervertreter). Denn: Demokratie „fällt nicht vom Himmel“. Demokratie und die Bereitschaft zum Engagement müssen gelernt werden wie alles Andere auch im Leben. Allerdings gilt: Demokratie lernt man zunächst einmal und vor allem, wenn man an ihr teilnimmt (D. Tiemann). Demokratie muss man also erfahren. Aber diese Erfahrungen kann man auch systematisch organisieren und bereitstellen – als Möglichkeit informellen Lernens in der Praxis. Auch formelle Formen des Lernens lassen sich nutzen und Demokratie gewissermaßen – zumindest anteilig – auch „trainieren“. Man kann hier viel in Dänemark lernen, wo es (z. B. in Viborg) selbstverständlich ist, Schülervertreter regelmäßig in Kursen für ihre Tätigkeit zu *qualifizieren*. Auch in Schleswig-Holstein wird die *Landesschülervertretung* seit Jahren in Zukunftswerkstätten und Planungsworkshops fit gemacht für ihre Aufgaben. Auch in vielen anderen Bundesländern gibt es zunehmend Schulungskurse für Schülervertreter.

Ansatzpunkt „permanente Stützung und Artikulationshilfe“

Aber es sollte nicht allein bei der reinen „Qualifikation“ bleiben. Im bereits angesprochenen Projekt „Jugendkreistag Eutin“ war eine permanente *Beratung, Begleitung* und konkrete *Hilfe* für die Jugendlichen („Coaching“) in dem von ihnen gewünschten Rahmen selbstverständlicher Alltag.

Bei den Kinder- und Jugendforen und anderen Beteiligungsveranstaltungen des Autors wird durch gezielte Artikulationshilfen und Unterstützungsmaßnahmen gerade jüngeren Kindern die Mitarbeit erleichtert. Wenn dort mit Visualisierungstechniken (Metaplan, Wandzeitungen u. Ä.) gearbeitet wird, bekommen die Kleineren einfach eine „Sekretärin“ oder einen „Sekretär“ an die Seite, denen sie dann ihre Beiträge diktieren – ein Verfahren, das die Kinder sehr lieben und genießen.

Das *Prinzip der Qualifikation und Stützung* lässt sich auch dadurch betonen, dass man die direkten Kooperationspartner der Kinder und Jugendlichen, insb. die Jugendarbeiter, qualifiziert und – wie von der Bertelsmann Stiftung praktiziert – eine *Multiplikatoren- und Moderatorenausbildung* anbietet, die auf Partizipationsprojekte vor Ort vorbereitet (siehe „Knackpunkt“ 5) und Arbeitshilfen, Methodensammlungen, Filme sowie Handbücher (Praxisleitfäden) in ebenfalls qualifizierender und unterstützender Absicht verbreitet.

5. Reale Defizite aktueller Partizipationsansätze

5.1. „Knackpunkt“ 9: soziale Selektivität und mangelnde Repräsentativität von Beteiligungsverfahren

Problembereich: soziale Herkunft und Chancengleichheit

Bei jedem Beteiligungsverfahren stellen sich diese Fragen: Wird durch die gewählte Partizipationsform ein möglichst großer Teil der jungen Generation einer Gemeinde einbezogen? Werden Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus, mit verschiedener Nationalität, mit unterschiedlich hohem Artikulationsvermögen erreicht? Wird verhindert, dass nur Kinder und Jugendliche aus dem Gymnasialmilieu angesprochen werden? Sind relevante Minderheiten vertreten (in Schleswig-Holstein z. B. im Landesteil Schleswig der dänische Bevölkerungsteil)? Wird darauf geachtet, dass z. B. nicht nur „Elitekinder“ Kinderbürgermeister werden oder dass sich andere soziale Schranken zwischen den verschiedenen Gruppen von Kindern und Jugendlichen aufbauen?

Für die Beantwortung der Grundsatzfrage, ob Kinder- und Jugend-Partizipation sinnvoll, angemessen, wirksam und erfolgreich ist, bedarf es also immer einer systematischen Zielgruppen-Diskussion und der Auseinandersetzung mit der Frage, welche Kinder und Jugendlichen im Einzelnen erreicht werden.

Viele Partizipationsmodelle – insbesondere Parlamente – sprechen möglicherweise nur bzw. überwiegend Kinder mit gehobenem Bildungsstand an. Gerade die „kopflastigen“ Projekte, bei denen die Kompetenz im Mittelpunkt steht, Gedanken und Kritik verbal äußern zu können, grenzen möglicherweise Kinder mit schwächerem Bildungsniveau aus. Dies kann dazu führen, dass soziale Unterschiede verfestigt werden und Chancengleichheit im Sinne einer emanzipations-orientierten Partizipationspädagogik verhindert würde.

Es gibt empirische Hinweise und Belege dafür, dass von bestimmten Partizipationsangeboten eher

- männliche Kinder und Jugendliche
- solche mit höherem sozialen Status
- Gymnasiasten
- Jugendliche, die sich schon vorher stärker politisch und ehrenamtlich engagiert haben
- Jugendliche, die eher in politischen Jugendorganisationen und der Schülervertretung mitarbeiten
- Jugendliche, die über positivere Einstellungen zum politischen System und Prozess und auch über eine höhere zukünftige politische Mobilisierbarkeit verfügen

stärker angesprochen werden (Hermann 1996a und 1996d, S. 54ff.).

Geschlechtsspezifische Unterschiede des Zugangs

Nach der Frage „Erreichen Sie denn bei Ihrem Beteiligungsangebot auch Kinder aus sozial schwachen Familien?“ wird in der Regel die nächste Standardfrage angeschlossen:

„Wie ist denn das Verhältnis von Jungen und Mädchen?“ Diese Frage hat etwas mit der Vermutung zu tun, dass auch in Beteiligungsprojekten Geschlechterstereotype reproduziert werden könnten, dergestalt, dass die Jungen die Mädchen dominierten und sich die Form der Beteiligungsangebote eher orientierte an expressiv-impulsiven Bedürfnisstrukturen des männlichen Teils der Kinder und Jugendlichen. Da mag in der Praxis an vielen Stellen etwas dran sein (man denke nur an die Partizipationsprojekte mit Skatern). Auf jeden Fall ist der öffentliche Raum immer noch zu sehr nach den Vorlieben von Jungen organisiert.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Schichten, Nationalitäten, mit unterschiedlichem Artikulationsvermögen usw. erreichen

„Die Partizipationsform muss möglichst viele interessierte Jugendliche aus unterschiedlichen Schichten, verschiedener Nationalität, mit unterschiedlich hohem Artikulationsvermögen erreichen. Will man mit der Beteiligungsform Ziele wie Artikulation, Sozialisation und Motivation realisieren, dann ist es zwingend, einen möglichst großen Teil der jungen Generation einer Gemeinde mit einzubeziehen. Ferner muss sichergestellt werden, dass das Projekt nicht vorrangig Jugendliche aus Mittelschichtfamilien anspricht und ein hohes Artikulationsvermögen voraussetzt“ (Hermann 1996c, S. 30). Partizipation darf nicht nur einem „erlauchten und elitären Kreis“ gewährt werden.

Nicht nur ohnehin privilegierte Kinder sollten wichtige Positionen einnehmen. Im Übrigen ist es möglich, durch dezentrale, aufsuchende Angebote auch nicht-privilegierte Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu erreichen.

Hermann (1996d, S. 49) weist darauf hin, dass durch freie und geheime Wahlverfahren für Kinder- und Jugendgremien allein noch lange nicht sichergestellt sei, dass alle *relevanten Minderheiten* auch wirklich vertreten seien. Genau dies wäre aber gerade ein plausibles Kriterium für den demokratischen Gehalt solcher Gremien. Hermann verweist in diesem Zusammenhang auf die Regelung aus Filderstadt, bei der für nicht vertretene jugendliche Minderheiten (z. B. Ausländer, Behinderte, Sonderschüler) „Referenten“ vorgesehen seien.

Die gelegentlich vorgetragene weitergehende Forderung, es müssten aus emanzipatorischen Gründen, die mit „Chancengleichheit“ umschrieben werden, nicht nur auch, sondern vor allem *benachteiligte Kinder* als Zielgruppe angesprochen werden, ist aus mehreren Gründen fragwürdig. Partizipation ist nicht allein eine pädagogische Frage (in diesem Fall Kompetenzförderung besonders benachteiligter Gruppen). Es geht auch um politischen Output. D. h. das Partizipationssystem der Kinder und Jugendlichen muss auch zu konkreten Ergebnissen und Veränderungen zu kommen, die die Lage von Kindern und Jugendlichen insgesamt verbessern. Das kann ein überwiegend *prozessorientierter* Ansatz (der bei der vorrangigen Förderung benachteiligter Gruppen dominieren würde) gegenüber einem *produktorientierten* Ansatz kaum leisten. Auch der fundamentalistische Anspruch, *alle* Kinder und Jugendliche zu erreichen, lässt sich in der Realität kaum realisieren. Viel wichtiger ist es, die notwendige „kritische Masse“ (Anzahl) für eine dauerhaft etablierte Kinder- und Jugenddemokratie überhaupt zu erreichen.

Man könnte sogar die These diskutieren, ob nicht eine kinderpolitische Partizipationsbewegung, die mittel- und langfristig auf Breitenwirkung und Generalisierung abzielt, in der derzeitigen Situation in den gelegentlich geschmähten öffentlichkeitswirksamen Modellprojekten – zumindest vorübergehend – nicht auch verstärkt „kinderpolitische Avantgardisten“ (modellhafte Mädchen und Jungen, Frauen und Männer) braucht, um Wirkungen erzielen zu können.

Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte

Schon Tiemann/Wiebusch (1996, S. 12) forderten, in sämtlichen Projekten der schleswig-holsteinischen „Demokratiekampagne“ neue Chancen durch die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte zu nutzen: „Der öffentliche Raum ist oft noch zu sehr nach den Vorlieben von Jungen organisiert. Hier gilt es, auf die Spiel- und Kommunikationsbedürfnisse von Mädchen Rücksicht zu nehmen. Dabei dürfen aber keine Geschlechtsrollenstereotype reproduziert werden“.

Hier kann gerade bei Projekten, die sich im Freizeitbereich bewegen, noch viel getan

werden. Aber auch in der Gremienarbeit mit Kindern und Jugendlichen sind einfache und effektive Lösungen möglich. Z. B. lassen sich völlig problemlos Quoten einführen. Auch geschlossene Mädchenprojekte können eine Variante sein. So wurde in Hamburg- Allermöhe ein Jugendzentrum für Mädchen („Mädchenhaus“) komplett von Mädchen entwickelt und durch die gesamte Planung und Realisierung begleitet. Es sollte auch bedacht werden, ob nicht bestimmte Methoden und Techniken – z. B. die Zukunftswerkstatt – gerade für Mädchen besonders gute Entfaltungsmöglichkeiten bieten könnten.

5.2. „Knackpunkt“ 10: unzureichende demokratische Legitimation

Es kommt vor, dass bei Forderungen von Kindern und Jugendlichen, die weitreichend und einzelnen Politikern und Erwachsenen unangenehm sind, die Diskriminierung der Kinder und ihrer Forderungen durch das Anzweifeln ihrer demokratischen Legitimation eine gängige Gegenstrategie darstellt. Deshalb müssen zu dieser Frage überzeugende Positionen und Lösungen entwickelt werden.

Die demokratische Legitimation von Kindern und Jugendlichen, die in Partizipationsprojekten Lösungen auch für andere Kinder und Jugendliche erarbeiten, könnte man entlang der folgenden Beispiele diskutieren:

- In Kinderparlamenten sitzen Kinder, die in bestimmten Jahrgangsstufen gewählt wurden. Sie sind als Repräsentanten durch die Mitschüler legitimiert (z. B. in Frankreich, Baden Württemberg).
- In Kinderforen und Kinderversammlungen arbeiten Kinder mit, die durch Schulklassen, Jugendgruppen entsandt wurden und gleichzeitig Kinder, die rein aus Interesse kommen, ohne „gewählt“ zu sein.
- Projektbeteiligung: Bei Spielplatzplanungen beteiligen sich Kinder, die von den Planungen direkt betroffen sind, weil sie im Einzugsbereich wohnen und weil sie als kompetente Experten angehört werden (wie die erwachsenen Einwohner auch).
- Projektbeteiligung: Beim Bau von Skateranlagen im Stadtteil entwickeln und bauen oft Initiativgruppen dort lebender Jugendlicher.
- Projektbeteiligung: In Jugendzentren renovieren oft die Besucher selber ihre Einrichtung nach ihren Bedürfnissen.

In allen diesen Beispielen fällt es im ersten Zugriff nicht schwer zu sagen, dass die Kinder und Jugendlichen auf irgendeine Weise legitimiert sind, hier zu arbeiten. Das gilt sogar für die Projektbeteiligungen. Es ergeben sich aber Differenzierungen, wenn man das Ganze unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen *Zielgruppen* und der *Themen* betrachtet, für die sie zuständig sein sollen (siehe dazu den einleitenden Aufsatz in diesem Band). Wenn es nicht nur um Einzelfragen gehen soll wie in den Beispielen zur Projektbeteiligung, sondern um die Gesamtheit aller Kinder- und Jugend-Themen – also die gesamte Palette der Veränderung und Verbesserung der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen – und wenn dann noch Finanzmittel für die vertretene Gruppe verwaltet werden sollen, wird es komplizierter. Mischt sich etwa ein Kinder- und Jugendgremium in Verantwortung für die Allgemeinheit der Kinder und Jugendlichen in die Stadtplanung und die Gestaltung der kinderfreundlicher Lebensbedingungen insgesamt ein, dann erhöhen sich fast automatisch die Ansprüche an eine gehobene demokratische Legitimation für Kinder und Jugendliche, die zu dieser Themenbreite die entsprechenden „Beschlüsse“ herbeiführen und Verantwortung für andere übernehmen dürfen.



Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Es fällt auf, dass dort, wo dezentrale *Projektarbeit* mit lebensweltorientierten Teil-Fragestellungen stattfindet, die Frage der Selektion bzw. Repräsentativität und der damit verbundenen Legitimation offensichtlich kein großes Problem zu sein scheint.

Insgesamt sollte man aber auch bei *Kinder- und Jugendgremien* die Fragen der demokratischen Legitimation und der Repräsentativität etwas gelassener betrachten und sie *situationsangemessen und flexibel* handhaben. Ihre Regelung ist abhängig zu machen von der positiven Gesamtwirkung einer Maßnahme und nicht von rein formalen Kriterien. Das gilt selbst für die Entsendung von Jugendlichen in Erwachsenengremien wie den Sozialausschuss, den Jugendhilfeausschuss, die Sozialkonferenz usw. Entscheidend ist allein, dass überhaupt die *Kinder- und Jugendperspektiven* artikuliert und von Betroffenen oder deren Vertretern selber eingebracht werden können. Nur dann, wenn Kinder und Jugendliche selber überdurchschnittliche eigene Etats verwalten, sollten sie nach strengeren Regeln demokratisch legitimiert sein.

Bei allen Kinder- und Jugendgremien ist es im Allgemeinen auch weniger wichtig, von wie vielen Wählern die Mandatsträger entsandt worden sind. Viel wichtiger ist, dass bzw. ob alle soziologisch relevanten Gruppen vertreten sind und dass überhaupt erst einmal ein *Sprachrohr* für diese entsteht. Es ist wohl auch vertretbar (praktikabel ist es ohnehin), dass in einer basisdemokratischen Jugendeinwohnerversammlung (jeder kann hingehen ohne formale Delegation) Wahlakte erfolgen (z. B. für einen Vorstand, einen Jugendsprecher oder einen Jugendrat). Dort entstandene Jugendvertretungen können sich durchaus legitimiert fühlen, für die Jugend zu sprechen, auch wenn hier in einem streng formalen Sinne weniger Legitimation als bei einer Urwahl vorhanden sein mag. Im Prinzip hat ja jeder die gleiche Chance, dort mitzumachen.

5.3. „Knackpunkt“ 11: fehlende Voraussetzungen für Beteiligung – die Rahmenbedingungen als Problem

Partizipation soll nichts kosten

Die mangelnde *finanzielle Absicherung* von Beteiligungsprojekten ist teilweise ein großes Problem. Partizipation soll nichts kosten. Wenn das Demokratiesystem der Erwachsenen organisatorisch, finanziell und personell analog dem Demokratiesystem der Kinder und Jugendlichen unterstützt würde, wäre die Demokratie „mausetot“! Das Demokratiesystem der Erwachsenen lassen diese sich sehr viel Geld kosten (Organisation von Wahlen, Parteien, Gremien, Verwaltung). Im Übrigen sagt dort kein Mensch: Wir brauchen eine Straße, aber sie darf nichts kosten!

Partizipation ohne eigene Personalressourcen

Ein „Knackpunkt“ der *Rahmenbedingungen* ist die fehlende *Personalausstattung*. So wie in der Erwachsendemokratie eine großzügige personelle Unterstützung selbstverständlich ist, so sollte sie es auch im Bereich der kommunalen Kinder- und Jugenddemokratie sein. Wir wissen, dass Beteiligungsprojekte schlecht laufen, wenn sie nicht qualifiziert begleitet werden. Kinder- und Jugendparlamente „schlafen wieder ein“, wenn keine hauptamtliche Betreuung vorgesehen ist. Wahlen funktionieren nicht, wenn sie nicht - z. B. verwaltungsseitig – organisiert werden usw.

Zu den unzureichenden Rahmenbedingungen zählt ferner das Fehlen oder ein falscher Grad der *strukturellen Verankerung* und der *Institutionalisierung* (siehe dazu „Knackpunkt“ 23).

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Partizipation von Kindern und Jugendlichen muss in gleicher Weise budgetiert, unterstützt und langfristig ausgebaut werden wie das Demokratiesystem der Erwachsenen!

Wilhelm Schmidt (1993, S. 219) nennt weitere *Rahmenbedingungen und Voraussetzungen*, von denen die Wirksamkeit von Kinderinteressenvertretungen abhängt und die erst eine effektive *Chancennutzung* ermöglichen, deren Fehlen aber auch zu erheblichen Problemen führen kann:

„Die Wirksamkeit von Kinderinteressenvertretungen hängt nicht zuletzt von den Kompetenzen und den Organisationsformen ab, die ihnen zugemessen werden. Dazu gibt es sehr unterschiedliche Erfahrungswerte. Eindeutig ist aufgrund der bisherigen Erfahrungen festzuhalten:

- a) Eine enge Verknüpfung und Einflussnahme sowohl in die legislative wie in die exekutive Arbeit ist unabdingbar.
- b) Eine ehrenamtlich angelegte Kinderinteressenvertretung (im Entscheidungsbereich) kann nicht ohne ausreichende administrative Unterstützung arbeiten, um einigermaßen wirksam sein zu können.
- c) Ein klar abgegrenzter Aufgaben- und Kompetenz-Katalog ist notwendig.
- d) Eine objektive und ungeschminkte Bestandsaufnahme über die aktuelle Situation der Kinder im Wirkungsbereich („Kinderbericht“) ist Voraussetzung für eine solche Arbeit“.

Hinzukommen müssen

- feste Bezugspersonen und Betreuungspersonal für die Beteiligungsprojekte
- strukturelle Verankerung und Institutionalisierung von Kinder- und Jugendbeteiligung durch Beschlüsse, Satzungen, Erlasse usw.

5.4. „Knackpunkt“ 12: Vernachlässigung fundamentaler entwicklungspsychologischer und pädagogischer Prinzipien

Unterforderung: Kindern und Jugendlichen zu wenig zutrauen

Strategien und Konzepte der Partizipation sind oft gut gemeint. Bei genauerem Hinschauen stellt sich dann aber gelegentlich heraus, dass manches Konzept doch arg *pädagogisiert*, alle Risiken und Anforderungen für Kinder und Jugendliche ausklammert und den einfachen Grundsatz vernachlässigt, dass man ihnen zwar mehr *Rechte*, aber eben auch immer mehr *Verantwortung* geben muss. Man muss sich also davor hüten, neben dem Kardinalfehler der Überforderung den der Unterforderung zu begehen (Verstoß gegen das Prinzip der partizipatorischen Passung – in diesem Fall nach unten): sich zu wenig vorzunehmen, Kinder und Jugendliche zu wenig zu fordern, zu belanglose Themen und Verantwortungsbereiche zu wählen. Wie bereits unter 3.1 erwähnt, überfordert z. B. eine Kinderratsversammlung zu den Gesamtproblemen einer Großstadt im Allgemeinen das Planungsvermögen von Kindern. Dagegen können Kinder und Jugendliche ohne Weiteres z. B. an Einzelprojekten der Stadt- und Gemeindeentwicklung beteiligt werden: neue Wohngebiete, Sanierung von Stadtteilen, Verbesserung von Verkehrswegen.

Negierung der Expertenschaft von Kindern und Jugendlichen

Die Leitidee einer möglichen *Expertenschaft* von Kindern und Jugendlichen ist faktisch zu wenig bekannt, geschweige denn anerkannt! Die Ressourcen und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen als Experten mit vielfältigem Lebensweltwissen, ihre Möglichkeiten zur Verbesserung und Belebung der lokalen Demokratie werden

deshalb nicht genutzt. Kinder- und Jugendpartizipation wird nicht als Schlüsselement der Zivilgesellschaft und Kernelement einer demokratischen Zukunft gesehen.

Vorenthalt von Verantwortungsübernahme

Obwohl Kinder und Jugendliche bereit und in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen, traut man ihnen im Allgemeinen zu wenig zu und gibt ihnen zu wenige Chancen, Verantwortung zu tragen und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Prinzip „Expertenschaft von Kindern und Jugendlichen“

Die *Leitidee der Expertenschaft* von Kindern und Jugendlichen muss anerkannt, ernstgenommen und genutzt werden! Kinder und Jugendliche als *Experten* zu beteiligen ist klug und effektiv. Sie haben in vielen Bereichen jede Menge „Fachwissen“. Jugendliche sind z. B. Experten, wenn sie – wie bei einem Projekt in Bad Oldesloe – als Skater dem Bauamt differenzierteste Informationen über den Zustand von Gehwegen geben können. Kinder und Jugendliche sind zweifellos auch *Experten für die Schule* und für adäquate Lernformen. Sie wissen oft besser als erwachsene Fachleute (was wir bei Kinderfreundlichkeitsprüfungen oft genug feststellen mussten), wo für sie gefährliche Verkehrssituationen entstehen: wenn z. B. auf einem Radweg schnell wachsendes Buschwerk die Sicht auf die Fahrbahn einschränkt. Zu erinnern ist an das von Tiemann in Deutschland bekannt gemachte spektakuläre Beispiel aus dem dänischen Odense. Hier konnte durch das Expertenwissen von Kindern und Jugendlichen die Anzahl der Unfälle drastisch, an den Hauptunfallschwerpunkten um ca. 80 %, gesenkt werden. (Stange/Tiemann 1999, 278 ff.) Das sozialräumliche Fachwissen von Kindern und Jugendlichen kann also die *Verkehrsplanung* eindeutig verbessern. Auch an die sachgerechten Beiträge von Kindern im Rahmen der norwegischen Punktuntersuchungen, wie sie in Hirthals (Dänemark) wiederholt wurden, ist zu denken (Kinder als Mitbürger 1993, S. 109 ff.).

Kinder sind auch Experten in eigener Sache, wenn es um *Spielplätze und Spielräume, Schulhofumbauten*, um die *kinderfreundliche Umgestaltung von Dörfern und Städten* und den *Bau kinderfreundlicher Wohnungen und Wohnumfelder* geht.

Prinzip „Verantwortung“

Kinder und Jugendliche sind – was sie in vielen Projekten nachdrücklich unter Beweis gestellt haben – bereits in der Lage, Verantwortung in von ihnen überschaubaren Bereichen zu übernehmen. Sie wollen dies im Allgemeinen auch. Man muss den Kindern und Jugendlichen also grundsätzlich mehr zutrauen und ihnen mehr Chancen geben, in vielfältigen, ihnen vertrauten Bereichen Verantwortung zu übernehmen. Wo immer möglich, sollte bei allen Maßnahmen zuerst einmal geprüft werden, ob nicht ihnen allein Verantwortung übertragen werden kann. Es lohnt in den allermeisten Fällen, diesen Schritt zu wagen, Verantwortlichkeiten abzugeben und jungen Menschen schrittweise immer größere Bereiche zuzugestehen.

5.5. „Knackpunkt“ 13: pädagogische Konzepte als Problem – unreflektierte Arbeitsformen

Für die Wirksamkeit von Beteiligung sind Fragen wie die folgenden wichtig: Sind die Arbeits-, Aktions- und Veranstaltungsformen kinder- und jugendgemäß? Ist eine lustmachende, phantasiestiftende, gut ausgestattete Umgebung vorhanden, um produktiv arbeiten zu können? Diese Fragen sind für viele der Beteiligungsprojekte zu Einzelthemen sicher positiver zu beantworten – auch wenn hier gelegentlich die

Methodik auf der Oberfläche (mit viel Aktion, Farbe, Emotionen) zu bleiben scheint und die systematische Verzahnung von sachlichem Ergebnis (z. B. in Zukunftswerkstätten) und der realen politischen, administrativen und baulichen Umsetzung oft genug unbeantwortet bleibt. In Parlamenten scheint das Problem noch viel elementarer zu sein: Das methodische Defizit dürfte hier vielfach nicht einmal den einfachsten sozialpädagogischen Ansprüchen zu genügen.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Die Arbeitsformen müssen den aktuellen Stand moderner Didaktik der Kinder- und Jugendarbeit repräsentieren. Die Methodik der Beteiligungsprojekte muss so beschaffen sein, dass sie dem Interesse von Kindern und Jugendlichen an unkonventionellem Engagement entgegenkommt und keineswegs die politische Kultur der Erwachsenen kopiert, insbesondere nicht ihre Rituale. Eine der Situation angepasste Einschätzung kindlicher Kompetenzen und Emotionen als Grundlage für die Wahl bestimmter Arbeitsformen ist zu gewährleisten. Es sollte keine Aktionen und Diskussionen geben, die Kinder überfordern.

Von entscheidender Bedeutung bleibt es, den *Transfer* von motivierenden, didaktisch befriedigenden Veranstaltungen zu einer glaubwürdigen, begründbaren Umsetzung von Ergebnissen (systematische Verzahnung von sachlichen Ergebnissen und politischen, administrativen und baulichen Umsetzungsschritten) zu gewährleisten. Kinder und Jugendliche müssen „ihr“ Ergebnis nicht nur im Laufe des Prozesses, sondern vor allem zum Abschluss der Beteiligung noch erkennen und akzeptieren können.

6. Grundsätzliche strukturelle Probleme

6.1. „Knackpunkt“ 14: ungünstige Zeitstruktur kommunaler Planungsvorhaben

Zwischen den Beratungsergebnissen z. B. eines Kinder- und Jugendbeirates und der Realisierung der Vorschläge besteht ein in der Regel zu langer, zeitlich nicht mehr erfahrbarer Zusammenhang. Genau das überfordert viele Kinder und Jugendliche und wirkt massiv abschreckend. Dieses Gefahrenpotenzial mangelnder *zeitlicher Erfahrbarkeit von Partizipationsergebnissen* (d. h. der eigenen *Wirksamkeit*) ist eines der großen, bisher nicht ansatzweise gelösten Probleme. Die politischen, Verwaltungs- und rechtlichen Strukturen kommunaler Planung (z. B. im Baubereich) lassen sich nicht einfach „wegpädagogisieren“. Hermann (1996c, S. 35 f.) betont in diesem Zusammenhang, dass man Chancen in diesem Bereich nur dann erschließen und Lernerfahrungen nur dann fördern könne, wenn „die Jugendlichen mit den Resultaten ihrer Arbeit – positiven wie negativen – ... (konfrontiert würden, W. S.). Politische Motivation ... ergibt sich aus einer Kombination aus Kompetenz- und Mangelmotivation, also aus der Erfahrung, mal etwas bewirkt zu haben, mal gescheitert zu sein. Bei der meist zweijährigen Wahlperiode erleben die Jugendlichen, die sich an einer Partizipationsform beteiligen, oft die Resultate nicht mehr“.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Die schwierige Zeitstruktur kommunaler Planungsvorhaben muss schon bei der Konzipierung von Beteiligungsprojekten zentral berücksichtigt werden. Kommunalpolitik und Verwaltung haben hier besondere Vorkehrungen zu treffen und Sensibilität walten zu lassen.

Zwischen den Beratungsergebnissen z. B. eines Kinder- und Jugendbeirates und der Realisierung der Vorschläge muss ein möglichst enger, zeitlich erfahrbarer Zusammenhang bestehen. Grundsatz ist hier: Je jünger die Kinder, desto enger muss der zeitliche Abstand zwischen Planung und Realisierung sein. Jugendlichen ist auch die Mitarbeit an längerfristigen Projekten, z. B. der Dorfentwicklung, zuzumuten.

Man kann aber im Allgemeinen die *zeitliche Erfahrbarkeit von Ergebnissen*, wenn schon nicht generell sicherstellen, so doch ansatzweise berücksichtigen. So sollten z. B. die Probleme und Themen, die in Kinder- und Jugendgremien auf die Tagesordnung kommen oder während der Sitzung gewählt werden, durch rechtzeitige und angemessene (nicht bevormundende) Beratung so zugeschnitten werden, dass sie zumindest eine realistische Chance enthalten, dass zwischen gefundenen Lösungen bzw. Beschlüssen und deren Realisierung ein zeitlich wahrnehmbarer Zusammenhang entsteht. Eine 8- Jährige, die über einen Spielplatzumbau mit entschieden hat und ihn mitgeplant hat, darf dessen Realisierung nicht erst als 14- Jährige erleben. Man kann hier durch geschickte Antizipation und Planung und durch gute Kooperation mit Verwaltung und Politik beschleunigte Verfahren erreichen. Auch da, wo dies nicht möglich ist, lässt sich wenigstens mit Teilelementen zeigen, dass der Prozess ernst gemeint ist: Prinzip „Schon mal anfangen!“ (ein Kräutergarten vor dem endgültigen Schulhofumbau, eine Spielplatzparty und ein kleines Gerät probenhalber auf dem zukünftigen Spielplatz, ein transportables Skating-Gerät zur Demo auf dem Asphaltplatz usw.).

6.2. „Knackpunkt“ 15: Gefahr der Inkompatibilität von Kinder- bzw. Jugendwelt und Erwachsenenwelt

Mit diesem Argument wird oft behauptet, Kinder und Jugendliche seien für systematisches, umfassendes, komplexes, formal sauberes und anspruchsvolles Vorgehen, wie es nun einmal in der politischen Gremienarbeit der Erwachsenen erforderlich sei (Anträge, Vorlagen, Beschlüsse, Geschäftsordnungen u. Ä.) schlicht *inkompatibel*.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Abgesehen davon, dass dieses Argument im Hinblick auf die eher offene und unkonventionelle Arbeit in Projekten, in Kinder- und Jugendforen und Runden Tischen überhaupt nicht greift, kann man diesem Problem- und Gefahrenpotenzial durch die gelassene Heranziehung eines wichtigen *Prinzips* für positive, gelungene Kinder- und Jugendarbeit begegnen – nämlich der immer notwendigen *Einheit von Planung und Spontaneität*, die übrigens in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen viel leichter als mit Erwachsenen möglich ist. Dazu gehören auch die Leitideen der *Ausgewogenheit von Offenheit und Geschlossenheit* der Prozesse und des *systematischen Aufbaus bei gleichzeitiger Flexibilität*.

Die Tatsache, dass sich Kinder und Jugendliche beim Diskutieren, Problemlösen und Planen in Gruppen und Sitzungen nicht immer so genau an formale Regeln halten, erhält nicht nur die allgemeine Motivation der Teilnehmenden. Sie eröffnet auch überraschende neue Perspektiven und Sichtweisen. Sie erleichtert Kreativität und ungewöhnliche Ideen und Lösungen. Ist es nicht gerade dieser Aspekt, der in der politischen Alltagsarbeit von Erwachsenen oft genug fehlt?

„Kinder und Jugendliche sind nicht unstrukturiert, ihre Auffassung ist nur anders als die der Erwachsenen. Sie verstehen eine Sache in ihrer Gesamtheit und nicht in spezifizierten Einheiten. Sie haben kein Bedürfnis nach Sicherheit, die entsteht, wenn man die Dinge schriftlich festhält. Dagegen sind Erwachsene zu einer bestimmten Sitzungsstruktur erzogen, die für Kinder unnatürlich ist. Die Erwachsenen-Logik setzt der Phantasie und dem Engagement der Kinder einen Riegel vor. Sie haben noch nicht

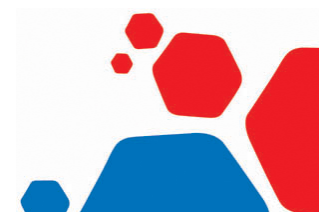
„gelernt“, in dieser formalen Struktur zu leben. Kinder können also durchaus Sitzungen abhalten und auf ihren Sitzungen zu Ergebnissen kommen. Wir müssen nur ihre eigene „Sitzungskultur“ respektieren und ihnen nicht unsere traditionelle Sitzungsstruktur aufzwingen“ (Stiftung Mitarbeit 1993, S. 43 f.).

Im Übrigen wird die Einlösung der erwähnten Prinzipien der Einheit von Planung und Spontaneität, Ausgewogenheit von Offenheit und Geschlossenheit der Prozesse und des systematischen Aufbaus bei gleichzeitiger Flexibilität am besten möglich, wenn die Kinder und Jugendlichen durch Erwachsene in einer offenen und nicht bevormundenden Art und Weise unterstützt werden. D. h. es hilft, wenn der politische Prozess der Kinder- und Jugendpartizipation qualifiziert moderiert wird und nicht nach altem Muster „geleitet“ und „geführt“ wird. Die in vielen Beteiligungsprojekten, Kinder- und Jugendforen, manchen Runden Tischen – und leider noch zu selten in Jugendgemeinderäten – verbreitete Methode der visualisierten Moderation (Metaplan, Wandzeitungen) dürfte diesem Anspruch am besten genügen. Das Verfahren setzt aber voraus, dass z. B. in Jugendgemeinderäten die Rollen der Bürgermeister und der Verwaltung nicht mit denen der Moderation vermischt werden. Auf einem Jugendkreistag Ostholstein in Eutin traten der Erwachsenen-Kreispräsident, der Landrat und die Verwaltung nur zur Begrüßung und Leitung der Wahl der Jugendkreispräsidentin und dann erst wieder am Ende des Tages zur Ergebnispräsentation auf. Ansonsten wurde das gesamte Verfahren externen Moderatoren überlassen, die alle Register teilnehmerorientierter und jugendgemäßer Visualisierungsmethodik zogen, wobei einerseits ein geplantes Problemlöse- und Ideenfindungsszenario nach dem Muster der Zukunftswerkstatt die notwendige Planung, Systematik und Geschlossenheit einer ergebnisorientierten Methode garantierte und andererseits so viel Offenheit, Flexibilität und Spontaneität ermöglicht wurde, dass sich eine intensive Kommunikation unter 60 Jugendlichen, viel Spaß und Kreativität entwickelten. Ein Verfahren im Übrigen, das *allen* Teilnehmern ohne Ausnahme Beiträge gestattete. Das ist so mit keiner anderen Methode möglich, schon gar nicht mit den wenigen elitären Redebeiträgen in manchen Jugendgemeinderäten. Es handelt sich hier um Verfahrensweisen, die durch das Zurückdrängen der klassischen sprachlichen Kommunikation auch den sonst Sprachlosen oder Artikulationsungewohnten zu ihrem Recht verhelfen (zulasten der „Vielredner“ und „Verbalisierungsprofis“).

Die hier beschriebene Art des Vorgehens dürfte den von Michael Hermann geforderten „Techniken aus Sozial- und Jugendarbeit“ recht gut entsprechen. „Das Angebot muss so beschaffen sein, dass es dem ... Interesse an unkonventionellem Engagement entgegenkommt. Ein Projekt, das weitgehend die Kultur der Erwachsenen kopiert, wird bei der Zielgruppe nur geringes Interesse finden, ... (da, W. S.) Jugendliche zunehmend die traditionelle, konventionelle Beteiligung ablehnen.“ Allerdings ist für Hermann klar:

„Verwaltungen und Verwaltungsbeamte alleine sind bei der Realisierung unkonventioneller Partizipationsformen meist überfordert. Hier ist die Zusammenarbeit mit Sozialpädagogen und Lehrern notwendig“ (Hermann 1996c, S. 30).

Derartige Erkenntnisse sind in der Betreuung der Jugendparlamente in Großbritannien bereits Alltag. Sie schaffen es ohne Probleme, die Schwierigkeiten, die überregionalen Konstrukten (Parlamenten auf Kreis und Landesebene) immer unterstellt werden, aus dem Weg zu räumen (vgl. den Beitrag von Hoppler in diesem Band).



7. Unsichere strategische Ansatzpunkte

7.1. „Knackpunkt“ 16: Zieldiffusion – unklare und fehlende Qualitätskriterien und Beteiligungsstandards

Im fachlichen Diskurs zur Praxis der Partizipation sind große Zieldiffusionen und erhebliche Unklarheiten über Qualitätskriterien und Beteiligungsstandards für gute Beteiligungsprozesse und -strukturen zu beobachten. Diesbezügliche Klarheit ist aber für die Planung von Maßnahmen und Programmen, für die praktische Umsetzung, die Evaluation und die Finanzierung von Beteiligung zwingend erforderlich.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Zielkataloge, Qualitätskriterien und Beteiligungsstandards entwickeln

Praxisnahe Zielkataloge, Qualitätskriterien und Beteiligungsstandards, die Transparenz und Anwendungsbezug verbinden, sind zu entwickeln. Gerade der Diskurs über *Beteiligungsstandards* und *Qualitätskriterien* für Partizipation muss dringend in Wissenschaft und Praxis begonnen werden. Tagungen, Publikationen und Projekte zu diesem Thema könnten den Prozess befördern. Die Bertelsmann-Stiftung hat im Rahmen ihres Projektes „mitWirkung!“ einen solchen Prozess begonnen. Band 2 der vorliegenden Reihe unterbreitet ebenfalls einen Vorschlag.

7.2. „Knackpunkt“ 17: Defizitbereich: Fehlen einer Gesamtkonzeption

Es gibt zurzeit kein in sich geschlossenes, ganzheitlich angelegtes Gesamtkonzept der Partizipation für alle Ebenen und Situationen (Zielgruppen, Themen und Aktionsfelder) mit einer differenzierten, multimodalen flexiblen Struktur.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Gesamtkonzept für die Kinder- und Jugendpartizipation

Es gilt dringend, ein breit angelegtes Gesamtkonzept zu entwickeln, das keine Strategie und keine Methode der Beteiligung und keine Zielgruppe ausblendet. Der Beitrag der Bertelsmann Stiftung mit ihrem bundesweiten Modellprojekt zur Jugendbeteiligung („mitWirkung!“) könnte hier mit den entsprechenden Publikationen und den in den Projekten der Modellkommunen erzeugten Projektberichten („Best Practice“) einen Beitrag leisten.

Es geht darum, endlich die Potenziale eines Gesamtkonzeptes als politisches Steuerungsinstrument auch in der Praxis ganz auszuschöpfen.

7.3. „Knackpunkt“ 18: zu spät einsetzende Partizipationsangebote

Einen bedeutenden Knackpunkt stellt die Tatsache dar, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Allgemeinen viel zu spät einsetzt. Hier liegt ein großes *Gefahrenpotenzial*, denn: „Entgegen der landläufigen Meinung findet eine wesentliche politische Prägung bereits vor dem 12. Lebensjahr über Erfahrungen in Elternhaus und Schule statt ... Einige Wissenschaftler kommen gar zu der Auffassung, dass die grundlegenden politischen Einstellungen von Hauptschülern nach der 9. Klasse nur noch schwer verändert werden können. Folglich sollte auch die spätere Kindheit in das Partizipationsprojekt integriert werden oder aber eine spezielle Form für Kinder angeboten werden. ... Wenig Sinn macht es, die Altersspanne für die beteiligten Jugendlichen – wie es derzeit geschieht – nach oben auszuweiten. In Jugendgemeinderäten sitzen aktuell zum Teil auch 22-Jährige, denen die regulären Beteiligungsmöglichkeiten einer Gemeinde offen stehen würden“ (Hermann 1996c, S. 34).

Auch im Freiwilligensurvey (von Rosenblatt 2000, S. 151) war seinerzeit eines der interessantesten Ergebnisse, dass das Engagement in frühen Jahren offensichtlich für

den gesamten Lebensverlauf prägend ist: Die Hälfte aller freiwillig Aktiven ist schon früh zu freiwilligem Engagement gekommen. Wer sich in jungen Jahren bereits engagiert, wird dies offenbar auch später tun. Auch die vom Deutschen Kinderhilfswerk durchgeführte Studie zur „Vita gesellschaftlichen Engagements. Eine Studie zum Zusammenhang zwischen früher Beteiligung und dem Engagement bis ins Erwachsenenalter“ wies eindeutige Zusammenhänge zwischen einem gesellschaftlichen Engagement während der Kindheit/Jugend und späterem Engagement nach (Deutsches Kinderhilfswerk 2007, S. 25 ff., s.a. 17 ff.).

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

So früh wie möglich Demokratie lernen

Partizipationsangebote sollten früh genug einsetzen. Vor dem Hintergrund der vorhandenen, aber zugegebenermaßen nicht sehr üppigen Erkenntnisse zum Zusammenhang von frühen Partizipationserfahrungen und späterem Engagement im Erwachsenenalter können und sollten wir sehr viel intensivere und breitere Angebote auch für jüngere Jahrgänge machen. Die Frage nach dem möglichst frühen Einsetzen von Beteiligungsangeboten sollte sogar ein entscheidendes Kriterium für die Beurteilung und Planung von Partizipationsprojekten werden.

Früh einsetzende Beteiligungsangebote sollten vielfältig sein und in den Alltag der Kinder integriert werden. Erfahrungen aus Dänemark zeigen z. B. schon seit Jahrzehnten, dass Mitbestimmung im Kindergarten zur alltäglichen Praxis werden kann. In Deutschland wurde der enge Zusammenhang zwischen einer hoch entwickelten Praxis des sozialen Lernens im Vor- und Grundschulalter und der Entwicklung partizipativer Kompetenzen inzwischen empirisch gut abgesichert (vgl. Sturzbecher/Großmann 2003a und b).

7.4. „Knackpunkt“ 19: mangelnde Nutzung vorhandener gesellschaftlicher Institutionen für das Demokratielernen

Die Gesellschaft nutzt ihre wichtigsten Institutionen nicht zur Vermittlung von Demokratie-Erfahrungen! Z. B. sind Schule und Kindertagesstätten bisher noch nicht auf breiter Linie Schlüssel-Lernfelder für Demokratie. Wir sind weit davon entfernt, dass dort Partizipationserfahrungen umfassend gefördert werden, geschweige denn alltäglich sind.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Ansatzpunkt „Polis“

Die Gesellschaft muss ihre wichtigsten pädagogischen Institutionen viel massiver und viel systematischer zur Vermittlung von Demokratie-Erfahrungen nutzen. Insbesondere Schule und Kindergarten müssen zur *Polis* werden (also entsprechend dem Muster der unmittelbaren Teilnahme des Volkes an der Politik in den antiken griechischen Stadtstaaten)! Diese Einrichtungen müssen flächendeckend und ohne Ausnahme – weil das ihr gesellschaftlicher und gesetzlicher Auftrag ist – nach innen demokratisch organisiert werden und ihre Themen und Prozesse als Lernfelder der Demokratie begreifen. Diese Institutionen müssen sich auch nach außen ins Gemeinwesen hinein öffnen – und das bedeutet, demokratiefördernde Projekte auch „draußen“ und in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Institutionen zu starten.

7.5. „Knackpunkt“ 20: Wahl der falschen Ebene der Partizipation – fehlender Lebenswelt- und Gemeinwesenbezug im Gesamtsetting – fehlende Erfahrbarkeit von Demokratie

Manche Partizipationsmodelle setzen strategisch auf der falschen Ebene an. Es gibt z. B. medial stark beachtete Beteiligungsmodelle für die Landesebene („Jugend im Landtag“), Jugendkreistage oder Beteiligungsmodelle auf der Ebene einer Großstadt. Diesen Ansätzen gemeinsam ist die fehlende Sozialraum- und Lebensweltorientierung. Zu beachten ist hier die Tatsache: Je höher ein Partizipationsmodell im Gesamtsystem des Staates angesiedelt ist, desto geringer der Einfluss und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit.

Ausdruck der hier angesprochenen strategischen Fehlorientierung ist, dass man sich in solchen Ansätzen nicht an das Grundprinzip hält, „unten“ anzufangen. So verschenkt man Handlungs- und Lernchancen, weil Demokratie auf der lokalen Ebene, in der Gemeinde, in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zuerst erfahrbar ist.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit dem Knackpunkt umgehen?

Ansatzpunkt „Unten anfangen!“ – Ansatzpunkt „Demokratie erfahrbar machen“ (Lernen durch Teilnahme)

Beteiligungsmodelle für die Kreis-, Landes- und Bundesebene kann man – nicht zuletzt wegen ihrer symbolischen und medialen Wirkung – durchaus verfolgen, aber eben nur als Ausnahme. Sie erreichen nur eine verschwindend kleine Minderheit von Kindern und Jugendlichen. Letztlich lässt sich die Geeignetheit einer Maßnahme auf dem Hintergrund der grundsätzlichen strategischen Ausrichtung (Ebene, Zielgruppe, angestrebtes Themenspektrum, Grundform der Partizipation u. Ä.) nur durch einen Abgleich von Zielgruppe und Zielsetzung entscheiden. Bei der Planung von Beteiligungsmodellen ist also zunächst immer die *Zielfrage* (Was soll mit dem Projekt genau erreicht werden? Welcher Output? Welche gesamtgesellschaftlichen oder individuellen Wirkungen?) sorgfältig, ausführlich und kritisch zu erörtern. Erst wenn man – nach der systematischen *Zielentwicklung* (siehe „Knackpunkt“ 16) – genau und abgesichert weiß, *wen man wie und warum* erreichen will, sollte man mit einem konkreten Beteiligungsprojekt und den konkreten Maßnahmen beginnen.

Es muss ausreichend gesichert sein, dass Partizipationsprojekte nicht isoliert auf einer „pädagogischen Insel“ stattfinden, sondern eingebunden sind in das ganze Gemeinwesen. Einerseits werden die *Lernchancen* für kommunale Demokratie (Efahrbarkeit) erhöht. Andererseits sind aber auch die *Realisierungschancen* für die Vorhaben der Kinder und Jugendlichen auf dieser Ebene größer, was den *Ernstcharakter* der Partizipation erhöht.

Selbst die Konzepte von Erwachsenen zur *Politik für Kinder und mit Kindern* müssen ja auf die konkrete Betroffenheit der Kinder reagieren. Sie müssen an ihre Lebenswelt anknüpfen, stadtteilbezogen, gemeindebezogen sein, sich also möglichst dezentral und unter Zusammenarbeit mit den dort tätigen Institutionen organisieren.

Demokratie sollte also auf der lokalen Ebene, in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, in der Gemeinde beginnen. Hier können Kinder und Jugendliche intensiv an Demokratie teilnehmen! Hier gibt es vielfältige Lerngelegenheiten für Demokratie. Alle Strategien und Gesamtmodelle für Partizipation müssen Kindern und Jugendlichen vorzugsweise auf der lokalen Ebene Handlungsangebote machen. Hier können sie spürbaren Einfluss entfalten und noch etwas bewirken. Die Erfahrung von *Selbstwirksamkeit* dürfte einer der bedeutendsten Faktoren zur Erklärung von Lerneffekten bei Partizipationsprozessen sein.

Das Standardmodell der Beteiligung sollte deshalb *sozialraum- und lebensweltorientiert* sein: Projekte im Stadtteil zu Themen der Kinder und Jugendlichen aus dem Stadtteil. Unten anfangen!

7.6. „Knackpunkt“ 21: Defizite der Politikberatung (fehlende Instrumente der Kommunalberatung)

Der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse und methodischer Strategien zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum in die Sphäre von Politik und Verwaltung bleibt bisher ein Desiderat. Spezifische, direkt auf das Themenfeld der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bezogene Instrumente der Politikberatung und Fachberatung sind erst in sehr schwach elaborierter Form vorhanden.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Instrumente der Kommunalberatung und Politikberatung entwickeln und implementieren

Dringend benötigt werden spezifische, direkt auf das Themenfeld der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bezogene Instrumente. Nur mit Unterstützung komplexer kommunalpolitischer Beratungsprozesse kann die Implementation von Partizipationsstrukturen für Kinder und Jugendliche optimiert und nachhaltig abgesichert werden. Auch in diesem Bereich sind Qualifizierungen dringend indiziert (durch ein Training von Prozessbegleitern, Kommunalberatern und Coaches).

Unverzichtbar sind auch Konzepte und Systeme der *Fachberatung* für die *Themen* der Projekte, in denen Kinder und Jugendliche mitmachen (z. B. Spielraum, Verkehr). Denn was nützt ein intensiver Partizipationsprozess, wenn das inhaltlich-fachliche Ergebnis wegen mangelnder Kenntnisse der Betroffenen schlecht ist? Solche fachspezifischen anspruchsvollen *Beratungsformate* müssten auch Formate für die Implementation der *Hauptstrategien* der Beteiligung (von den Parlamenten bis zu den Projekten), Formate für *Interventionen* in den verschiedenen Aktionsfeldern (und ihren Zielgruppen und Themen) sowie geeignete, passgenaue *Veranstaltungsformate* (z. B. Gruppenmethoden wie die Zukunftskonferenz usw.) enthalten und mit entsprechenden Fortbildungsangeboten verbunden werden.

Hinzu kommen müssen für das Thema *Beteiligung* adaptierte Konzepte und Instrumente des *Coachings*, um Projekte bei der Planung und in Krisen zu unterstützen (*Prozessbegleitung*).

7.7. „Knackpunkt“ 22: fehlendes starkes Eingangsmandat

In vielen Projekten wird nicht ausreichend berücksichtigt, dass auch wirklich alle relevanten Personen (Funktionsträger, Bürgermeister), Verwaltungsebenen, Gremien, Organisationen, Institutionen usw., die mit dem Projekt in irgendeiner Weise zu tun haben, systematisch einbezogen werden. Es fehlt oft eine realistische Einschätzung der Bedeutung dieser Ebenen (insb. der von Politik und Verwaltung), weil die Situation einseitig pädagogisiert wird („Wir machen ein tolles Projekt. Wir haben motivierte Kinder und Jugendliche und der Prozess läuft sehr intensiv!“).

Es wird vergessen, die „Machzebene“ zu gewinnen und sich ein starkes Eingangsmandat (zu dem allerdings immer ergänzend auch eines vonseiten der Zielgruppen gehört) zu holen. Schwierigkeiten, manchmal sogar ein Scheitern sind vorprogrammiert. Dass gegenseitige Vorurteile oder eine Konfliktstrategie einer oder beider Seiten (Konfrontation) hinzukommen können, ist leider auch ein beobachtbares Phänomen.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

In gut geführten Projekten mit Kindern und Jugendlichen wird streng darauf geachtet, von Anfang an alle „Stakeholder“, insb. alle wichtigen Entscheidungsträger (Bürgermeister, Funktionsträger, Verwaltungsebenen, politische Gremien, Organisationen, Institutionen usw.), die mit einem Projekt in irgendeiner Weise zu tun haben, für die partizipativen Vorhaben zu gewinnen, damit diese dem Projekt positiv gegenüberstehen und es kontinuierlich stützen.

Die politischen Gremien und insbesondere die Bürgermeister und Entscheidungsträger sind für das Gelingen von Partizipationsprozessen (vor allem den Realisierungstransfer) von zentraler Bedeutung: *Gegen sie* läuft nichts, *mit ihnen* unter Umständen sehr viel! Deshalb ist es sehr wichtig, diese Ebene des Gesamtsystems systematisch und kontinuierlich zu „pflegen“, was insbesondere heißt, klug zusammengestellte *Steuerungsgruppen* mit den richtigen Personen zu bilden, diese qualifiziert zu betreuen und alle Beteiligten regelmäßig zu informieren. Aber auch die Organisation direkter Begegnungen dieser Systemebene mit Kindern und Jugendlichen ist für den Projektverlauf und die erforderliche Unterstützung möglicherweise entscheidend: Hier wird authentisch informiert, überzeugt und motiviert. Bei öffentlichen Präsentationen von Veranstaltungs- und Projektergebnissen (z. B. am Ende einer Zukunftswerkstatt) dürfen Einladungen an diese Ebene nicht fehlen. Gerade über die direkte und öffentliche Begegnung mit Kindern und Jugendlichen, die soeben etwas Positives geleistet haben, lassen sich Politik und Verwaltung kommunikativ und emotional gut einbinden. Eine prominente Platzierung in der Presse tut ein Übriges.

33

7.8. „Knackpunkt“ 23: fehlende strukturelle Verankerung, Verbindlichkeit und Konkretisierung von Rechtsgrundlagen

Zu den klassischen Bedingungen des Scheiterns von Beteiligungsvorhaben zählen die folgenden: Partizipation ist zurzeit meistens nicht verbindlich und auf Dauer angelegt. Oft ist ein falscher Grad der Institutionalisierung oder ihr völliges Fehlen zu konstatieren. Partizipation ist selten systematisch in die Kommunikations-, Informations- und Entscheidungswege der Kommune eingebunden. Die *strukturelle Verankerung* und damit die *Verbindlichkeit* von Beteiligung ist in Deutschland weitgehend nicht sichergestellt. Die Perspektive der *Nachhaltigkeit* ist vollkommen ungesichert.

Es gibt zwar eine Fülle von Rechtsvorschriften – von der internationalen und europäischen Ebene über die Ebenen des Bundes, der Länder bis hin zu den Gemeinden. Dennoch ist es bislang – trotz einiger Erfolge im pädagogischen Bereich – überhaupt nicht gelungen, Kinder- und Jugendbeteiligung lokal, also in den Städten und Gemeinden, strukturell auf der Ebene der Verwaltungen und politischen Institutionen nachhaltig und flächendeckend zu verankern und zu institutionalisieren (z. B. durch Übertragung von Verantwortung, Kompetenzen, Finanzen u. Ä. auf Jugendliche). Die vorhandenen Beteiligungsstrukturen sind nur dürftig mit dem kommunalen Politik- und Verwaltungssystem verbunden. Eine echte Verzahnung findet nicht statt.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Die strukturelle Verankerung und Verbindlichkeit von Partizipation vorantreiben!

Partizipation muss nicht nur verbindlich sein, sie muss auf Dauer angelegt und in die Kommunikations-, Informations- und Entscheidungswege der Kommune eingebunden sein.

Benötigt werden derzeit nicht neue gesetzliche Maßnahmen auf Europa-, Bundes- und Landesebene. Hier ist eine Menge geschehen in den letzten Jahren. Vielmehr sind

dringend phantasievolle und effektive Modelle und Maßnahmen der strukturellen Verankerung und Verbindlichkeit auf kommunaler Ebene erforderlich. Das kann von der Gestaltung von Förderrichtlinien für die Kinder- und Jugendarbeit, über die formelle Absicherung von Beteiligung in den kommunalen Einrichtungen, über dezer-natsübergreifende verwaltungsinterne Arbeitsgruppen und Zuständigkeiten, über Beschlüsse des Rates oder durch kommunale Satzungen (z. B. Aufnahme eines Kinder- und Jugendbeirates in die Hauptsatzung der Gemeinde mit der damit verbundenen hohen rechtlichen Absicherung) geschehen. Kreative Gesamtmodelle der kommunalen Beteiligung müssten alle Zielgruppen, Aktionsfelder (vom Jugendzentrum über die Kindertagesstätten und Schülerräte) und Themen umfassen. Sie müssten *rechtlich* (Beschlüsse, Satzungen), *finanziell* und *personell* (feste dauerhafte Personalressourcen) so abgesichert sein, dass sie über längere Zeiträume und auch über mögliche Krisen und Rückschläge hinweg auf Dauer abgesichert sind.

Hermann greift diese Argumente auf und fordert die Absicherung „durch eine Grundordnung oder Satzung ..., auch durch konkrete Dienstleistungen, die die Kommunalverwaltung übernimmt. Wo es an einer solchen Unterstützung durch die Verwaltung fehlt, ist die Gefahr eines frühzeitigen Scheiterns besonders groß“ (Hermann 1996c, S. 30).

Im Hinblick auf den Aspekt der Institutionalisierung grenzt Hermann Chancen und Gefahren ab: „Die Organisation sollte, aber nur soweit unbedingt notwendig, institutionalisiert sein. Damit ein Modell dauerhaft überlebt, ist eine Institutionalisierung durch Satzungen, durch Mitwirkung der Kommunalverwaltung usw. sicher hilfreich. Diese Institutionalisierung darf aber nicht soweit gehen, dass es sich wiederum um eine traditionell anmutende, konventionelle Partizipation handelt“ (Hermann 1996c, S. 31).

Als Voraussetzung für eine strukturelle Verankerung und als Ausgangspunkt für Entscheidungen über eine bestimmte Form von Kinder- und Jugendbeteiligung verlangt Hermann eine Bestandsaufnahme, eine „ausführliche Analyse der örtlichen Situation ...: wie funktioniert die Interessenvertretung über Jugendverbände, politische Jugendorganisationen, die offene Jugendarbeit und die SMV? Welche Ressourcen für ein Partizipationsprojekt sind vorhanden (Sozialarbeiter, Lehrer usw.), die mitarbeiten wollen? Können örtliche Medien gewonnen werden? Für jede Gemeinde werden andere Beteiligungsformen geeignet sein. Freilich hängt die Entscheidung stark von der Größe der Kommune ab“ (Hermann (1996c, S. 29).

8. Umsetzungs- und Steuerungsprobleme: die Komplexität als Problem

8.1. „Knackpunkt“ 24: Defizitbereiche Vernetzung, kooperative Planung, Synergien

Es gibt zurzeit keine effiziente und systematische Vernetzung z. B. von Jugendarbeit und Schule mit anderen wichtigen Akteuren in Wirtschaft, Politik und Jugendverbänden. Zudem besteht vielfach *Konkurrenz statt Vernetzung* zwischen den einzelnen Partizipationsansätzen vor Ort und den verschiedenen Personen, Gruppen und Organisationen, die sich um die Partizipationsfrage kümmern (Jugendpfleger, Lehrer, Politiker, Ring Politischer Jugend, Ortsjugendring, Initiativgruppen u. Ä.).

Auch das sattnam bekannte Verhältnis von einerseits professionell Handelnden und andererseits Laien kann im Beteiligungsprozess ein Problem sein. Diese mangelnden Kooperationsbeziehungen verhindern – auch in ihren mildereren Versionen – die Entfaltung wirklicher Synergien.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Vernetzung aller Akteure, Institutionen, öffentlicher und freier Träger usw.

Die systematische Vernetzung von Jugendarbeit und Schule mit anderen wichtigen Akteuren in Wirtschaft, Politik und Jugendverbänden ist voranzutreiben. Es geht weniger darum, herauszufinden, ob bestimmte Gruppen und Personen für spezifische Formen besonders geeignet sein mögen. Wichtiger scheint die Herstellung von Kooperation und von Synergieeffekten zu sein und dass alle beteiligten Gruppen Partizipation auch wirklich wollen und sie – unabhängig von der Form – engagiert forcieren.

Das Verhältnis von einerseits *professionell Handelnden* (Verwaltung, Planer, Architekten, Pädagogen, erwachsenen „Politprofis“ usw.) und andererseits *Laien* muss klar und effektiv geregelt sein. In gut geführten Projekten mit Kindern und Jugendlichen wird streng darauf geachtet, dass alle beteiligten *Akteure* (Organisationen, Verbände, Institutionen und Zielgruppen, relevante Personen aus Politik und Verwaltung), die mit einem Projekt in irgendeiner Weise zu tun haben, von Anfang an miteinander vernetzt werden, dass sie ständig interagieren, sich gemeinsam motivieren, sich gegenseitig stützen.

Dieser anspruchsvolle Prozess der Kommunikation und Kooperation unterschiedlichster Personen und Gruppen ist ein Prozess der Netzwerkbildung, folgt einer modernen, moderierenden Auffassung von Politik und sozialen Prozessen, die wenig mit politischen Beschlüssen und Anordnungen von oben zu tun hat, aber viel mit der Vorstellung, dass die Anliegen von Bürgern – gerade auch von Kindern und Jugendlichen – in einem gemeinsamen und demokratischen Prozess kommuniziert und ausgehandelt werden müssen.

In diesem Zusammenhang können die bereits erwähnten externen *Moderatoren* als *Katalysatoren* der Netzwerkarbeit und Kommunikation wirken und dazu das ganze Instrumentarium an gemeinwesenorientierten, aushandlungsbezogenen Veranstaltungsformen (Open Space, Zukunftswerkstatt, Appreciative Inquiry – d.h. „Wertschätzende Erkundung“ –, Zukunftskonferenz usw.) zum Einsatz bringen.

8.2. „Knackpunkt“ 25: Defizitbereich: Umgang mit Widersprüchlichkeiten – Ambiguitäten – Konflikten

Das Erkennen, Aushalten und Gestalten von Widersprüchlichkeiten (Ambiguitäten) ist alles in allem unterentwickelt und erfolgt sehr ungekonnt! Das mögen die folgenden Beispiele verdeutlichen.

Widersprüchliche Interessenlagen

Es ist eine grundlegende Tatsache, dass es nicht nur unter Erwachsenen, sondern auch zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen und Erwachsenen auf der anderen Seite häufig klare *Interessengegensätze* gibt. Hierzu ein *Beispiel*. Matthias Bartscher schildert folgende kommunalpolitische Konfliktsituation um eine verkehrsberuhigte Straße:

„*Anliegergruppe A* (ältere Anwohner, deren Kinder aus dem Haus sind) fordert möglichst freie und zügige Durchfahrt; sie ist gegen verkehrsberuhigende Elemente und gegen eine zu geringe Fahrbahnbreite. Kinder sollten nicht auf der Straße spielen, denn wozu gibt es Hausgärten und Spielplätze?

Anliegergruppe B (junge Familien) schlägt vor, möglichst viele Schwellen auf der Straße zu bauen; am besten wäre noch eine Straßensperre. Sie wollen, dass ihre Kinder sich ungefährdet auf der Straße aufhalten und spielen können. Gleichzeitig soll

die Straße übersichtlich sein, damit Kinder und Autofahrer sich frühzeitig sehen können.

Anliegergruppe C (ökologisch orientierte junge Paare) will eine möglichst grüne Straße; sie sollte so eng wie möglich mit vielen grünen Inseln gebaut werden. Auch viele Bäume sind wünschenswert.

Anliegergruppe D (vor allem die alten Menschen, denen viel an einer gepflegten Straße liegt und deren Kräfte schwinden) will nun überhaupt keine Bäume auf der Straße, denn das Laub im Herbst macht ja doch keiner von denen weg, die die Bäume fordern.

Anliegergruppe E hat den Ausbau schon lange gefordert und beklagt sich, dass die Verwaltung alles Mögliche mit ihren Steuergeldern tut, nur nicht ihre Straße ausbaut.

Anliegergruppe F hält den Ausbau für überflüssig und zu teuer und ist nicht bereit, die Anliegerkosten zu tragen. Als wenn die Stadt nicht andere Dinge sinnvoller mit dem Geld tun könnte.

Die *Feuerwehr* wehrt sich gegen zu enge Straßen und gegen verkehrsberuhigende Maßnahmen; sie kommt im Notfall sowieso kaum noch durch die Stadt. Absperrungen sollten auf keinen Fall sein.

Ein *Vertreter des Automobilclubs* fordert möglichst freie Straßen, keine Absperrungen und viele Parkplätze.

Die *Umweltverbände* fordern Tempo-30-Zonen, viele Straßenbäume und vor allem gute Radwege mit einer Breite von mindestens 1,50 m.

Die *Polizei* hat zu diesem Zeitpunkt kein besonderes Interesse, aber sie will beteiligt werden.

Das *Straßenverkehrsamt* achtet darauf, dass die Straßenverkehrsordnung zur Geltung kommt.

Die *Gleichstellungsbeauftragte* weist auf mögliche Angsträume hin und plädiert gegen Sichthindernisse und zu dichte Bepflanzung; sie fordert gleichzeitig eine kinderfreundliche Straße.

Die *Bezirkspolitiker* (sie sollen letztlich über den Plan entscheiden) bringen je nach Fraktion unterschiedliche Interessen ein; sie wollen vor allem, dass alle Interessen berücksichtigt werden, dass die Straße schön aussieht und möglichst billig wird.

Und dann kommt die *Kinderbeauftragte* und will auch noch die Kinder mit einbeziehen“ (Bartscher 1998, S. 110 f.).

Weitere Interessengegensätze zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen

Interessenwidersprüche zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen gibt es nicht zuletzt auch im familiären Bereich (Parkplatz vs. Spielraum, berufliche Erwachseneninteressen vs. Freizeitinteressen und -ansprüche von Kindern, Ruhebedürfnisse von Eltern vs. Ansprüche von Kindern usw.). Selbstverständlich ist in diesem Zusammenhang auch der *pädagogische* Widerspruch zwischen unerfahrenen und „unfertigen“ Kindern und Jugendlichen auf der einen und voll entwickelten Erwachsenen auf der anderen Seite zu berücksichtigen (zur pädagogischen Antinomie – siehe unten).

Widersprüchliche Spannungsverhältnisse im inhaltlichen und fachlichen Bereich

Partizipationskonzepte haben nicht zuletzt der Tatsache Rechnung zu tragen, dass es weitere sehr markante widersprüchliche Spannungsverhältnisse gibt, die nicht personengebunden sind, z. B. zwischen

- Demokratie und Fachlichkeit (ein guter und intensiver Beteiligungsprozess ohne angemessene sachlich-fachliche Ergebnisse schlägt gegen diesen zurück)
- Planung und Spontaneität bzw. Geschlossenheit und Offenheit von Prozessen usw.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesen „Knackpunkten“ umgehen?

Partizipationsprojekte, die die grundlegende Tatsache verschleiern, dass es zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen und Erwachsenen auf der anderen Seite häufig widersprüchliche Interessen gibt, begehen einen Kardinalfehler. Es darf nicht darum gehen, diese Tatsache zu leugnen, sondern gerade darum, solche gelegentlich komplexen Widersprüchlichkeiten als realistisches Lernfeld für Demokratie zu begreifen.

Ambiguitäten, Widersprüchlichkeiten und Konflikte sind zu identifizieren und bewusst anzunehmen. Wenn der Beteiligungsprozess nicht auf Dauer scheitern soll, müssen alle Beteiligten sich diesen Widersprüchen stellen, sie in ihrem Lernpotenzial erkennen, sie konstruktiv und kooperativ gestalten und bewältigen, statt sie zu leugnen oder zu harmonisieren.

Das Verstehen und Ausgestalten von Interessengeflechten und Widersprüchlichkeiten muss auch Bestandteil der Qualifizierungsmaßnahmen für Moderatoren und Prozessbegleiter, aber auch für Jugendliche sein, weil sich sonst Frustrationen und Demotivationen Bahn brechen können.

Eine zentrale Antinomie der Pädagogik: die manchmal unklare und problematische Rolle der Erwachsenen im Partizipationsprozess

37

Die Einschätzung des genauen Stellenwertes engagierter Erwachsener als Erfolgsfaktor gelungener Partizipationsprojekte ist schwierig. Die unbestreitbare Tatsache häufiger Dominanz von Erwachsenen in Beteiligungsvorhaben (siehe „Knackpunkt“ 3) wird häufig falschen Interpretationen unterzogen und mit nicht gerechtfertigten Schlussfolgerungen verbunden. Das Phänomen der *Dominanz* – verbunden mit dem eindeutigen Vorsprung der Erwachsenen an Alter, Größe, Bildung, kommunalpolitischen Kenntnissen und Mitteln – bedeutet keineswegs automatisch, dass Erwachsene aus Beteiligungsprozessen ausgeschlossen werden sollten und dass nur selbstbestimmte, gar selbstverwaltete Projekte gute Projekte seien. Dafür gibt es – erstens – nicht den geringsten Beleg. Und – zweitens – heißt Partizipation ja gerade „teilen“. Die politische und pädagogische Brisanz und Potenz des Themas entfaltet sich gerade an dem Punkt, an dem zwei Partner anfangen, ihre Anteile *auszuhandeln* – und zwar auf gleicher Augenhöhe. Es geht darum, zu verhindern, dass eine Seite überzogene Dominanzen entfaltet. Diese Aussage ist keineswegs künstlich oder lebens- und alltagsfern: Denn immerhin sind bei den meisten kommunalen Partizipationsprojekten (von der Spielraum- und Spielleitplanung bis zu Umwelt- und Verkehrsprojekten) zweifelsohne immer auch deutliche *Erwachseneninteressen* berührt. Es handelt sich also um ein reales Problem.

Unstrittig ist der *Grundsatz*, dass Kinder und Jugendliche da, wo sie es selber machen können und keine Erwachseneninteressen direkt berührt sind, Projekte und Vorhaben auch selber machen sollten und dass die selbstbestimmten Anteile in jedem Projekt so groß sein sollten, wie es fachlich und von den Fähigkeiten und Motivationslagen der Kinder und Jugendlichen her denkbar ist. Es bleibt aber ein deutlicher – vermutlich der größere – Anteil, in dem eine kluge politisch-demokratische und pädagogische Ausgestaltung und Pflege von Kooperationsbeziehungen von Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen im Zentrum stehen muss.

Erwachsene bleiben also in Beteiligungssituationen immer wichtig. Alle bisherigen Erfahrungen mit Beteiligungsvorhaben zeigen sogar: Im Allgemeinen ist der *Erfolgsfaktor gelungener Partizipationsprojekte* das Vorhandensein engagierter und qualifizierter demokratischer Erwachsener, die sich kontinuierlich und nicht nur punktuell engagieren und als permanente Ansprechpartner und Stütze für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen.

Aber sehr häufig fehlen genau diese „*Mentoren*“, „*Kümmerer*“, „*Partizipationsagenten*“ und „*Begleiter*“ als Übersetzer von Kinder- und Jugendanliegen und -interessen in die Sprache und Gedankenwelt der örtlichen Politik und Verwaltung – und umgekehrt. Die strategische Schlüsselstellung dieser Art von Erwachsenen wird oft nicht erkannt und es werden nur selten wirklich systematische Versuche zur Gewinnung solcher Personen unternommen.

Mögliche Lösungsansätze und Forderungen: Wie könnte man mit diesem „Knackpunkt“ umgehen?

Hoher Stellenwert von Erwachsenen – pädagogisch wirksame Zusammenarbeit mit Erwachsenen

Zu Beginn von Partizipationsprozessen muss als einer der ersten Schritte die Suche nach *Mentoren*, *Kümmerern*, *Partizipationsagenten* bzw. *Begleitern* gestartet werden – am besten mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam. Diese Maßnahme muss ein zentraler Teilschritt zu Projektbeginn sein.

Erwachsene bekleiden insgesamt eine sehr wichtige Rolle als *Katalysatoren* des Beteiligungsprozesses. Sie müssen aber in der Lage sein, sich so weit wie möglich zurückzunehmen, um eine gelungene symmetrische Kommunikation zwischen Kindern und Jugendlichen auf der einen und Erwachsenen auf der anderen Seite (siehe Knackpunkt“ 3) zu garantieren.

Besonders wichtig ist der Typus des *Partizipationsagenten* am Ort, der nicht nur bei Entdeckung und Sensibilisierung von Problem- und Defizitlagen in der kindlichen Umwelt aktiv wird, sondern als *Anwalt* der Kinder und Jugendlichen besonders in den schwierigeren Umsetzungsphasen und bei Konflikten Kinderinteressen in den kommunalen Entscheidungs- und Verwaltungsprozess einbringt und sozusagen als „Übersetzer“ tätig ist. Diese Aufgaben können sehr verschiedene Personengruppen übernehmen: Lehrer, Personal aus Jugendämtern oder Jugendverbänden, Kinderbüros, gelegentlich einzelne Kommunalpolitiker, aber auch externe, besonders ausgebildete Moderatoren.

Es geht auch um die Suche nach einer weiteren Kategorie von Unterstützern, die jene Erwachsenen enthält, die die Kinder und Jugendlichen außer im Rahmen der bereits genannten Möglichkeiten noch zusätzlich – vielleicht auf schlichtere Art – mit ihren Ressourcen (Technik, Training, Fahrdienste, Betreuung usw.) unterstützen.

Alle Unterstützer zusammen könnte man als gemeinwesenbezogene *Moving Spirits* (Tony Gibson) bezeichnen. Als Erhebungsmethode wird hier das sog. *Moving-Spirits-Inventar* eingesetzt. Diese Maßnahme kann in der Anfangsphase von Partizipationsprojekten als durchaus gleichwertig mit der Gewinnung von Politik und Verwaltung und eines starken „*Eingangsmandates*“ für das Projekt gewertet werden.

Es ist darüber hinaus wichtig, neben diesen Gruppen punktuell auch noch eine weitere Erwachsenenfunktion zu berücksichtigen: die *Prozessmoderatoren* der im Beteiligungsprozess realisierten verschiedenen Veranstaltungen (z. B. Zukunftswerkstätten und Planungszirkel). Gut ausgebildete Moderatoren können bei der Artikulation von Kinder- und Jugendanliegen, insbesondere bei innovativen Vorschlägen und Ideen, eine große Hilfe sein. Sie runden das widersprüchliche Spektrum von Unterstützung und Selbstorganisation in der kommunalen Kinder- und Jugendpartizipation ab.

9. Literatur

- Appel, Klaus (2006): Junge Menschen wollen sich beteiligen. Gütersloh
- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe. Hrsg. (1994): Jugendhilfe 2000 – Visionen oder Illusionen? Bonn
- Arbeitskreis Kinderforen. Hrsg. (1993): Kommunale Kinderpolitik. München
- Baacke, Dieter (1992): „Wie viel Politik vertragen Kinder?“ In: Fachzeitschrift Spielraum, Heft 3
- Baumann, Gabi/Sautter, Joachim (1996a): „Politik für Kinder und Jugendliche: Jugendforen und weitere offene Partizipationsformen“. In: Hermann, Michael C. (Hrsg.): Zukunft mitgestalten: Modelle für mehr Mitsprache. Projekte – Konzepte – Ideen Spezial. Jugendstiftung Baden-Württemberg. Sersheim und Münster
- Baumann, Gabi/Sautter, Joachim (1996b): „Wie einsteigen? Prozessplanung für mehr Jugendbeteiligung in Gemeinden“. In: Hermann, Michael C. Hrsg. (1996): Zukunft mitgestalten: Modelle für mehr Mitsprache. Projekte – Konzepte – Ideen Spezial. Jugendstiftung Baden-Württemberg. Sersheim und Münster
- Bartscher, Matthias (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg im Breisgau
- Bertelsmann Stiftung (2003): Themenfeld Demokratie und Bürgergesellschaft – Demokratische Werte verankern und Bürgerbeteiligung stärken. Initiative Young Democracy. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung (2004): Projektbeschreibung „mitWirkung!“. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung (2005a): „mitWirkung!“ – eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung. Berichtsband zur empirischen Untersuchung, Powerpoint- Charts. Gütersloh
- Böhm, Winfried (1994): Wörterbuch der Pädagogik. Stuttgart
- Bonk, Michael/Holte, Michaela (1996a): Kinder planen mit! Abschlussbericht. Berlin
- Bonk, Michael/Holte, Michaela (1996b): Kinder planen mit! Ein Handbuch zur Durchführung eines Beteiligungsverfahrens für Grundschul Kinder im Rahmen der kommunalen Stadt- und Landschaftsplanung. Berlin
- Brenner, Gerd (1995): „Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen“. In: deutsche jugend, Heft 12
- Club of Rome (1979): Zukunftschance Lernen. Wien, Zürich und Innsbruck
- Dammler, Axel (2006): Für Mitwirkung gewinnen! Praxistipps für die Öffentlichkeitsarbeit von Kinder- und Jugendbeteiligungsvorhaben. Gütersloh
- Deutscher Kinderschutzbund u. A. (1995): Round Table zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Hannover
- Deutscher Kinderschutzbund/Gemeinschaftaktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder. Hrsg. (1995): Kindermitbestimmung in Kiel. Kiel
- Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen. Hrsg. (1995): Interessenvertretung für Kinder. Hannover
- Deutsches Jugendinstitut. Hrsg. (1993): Was für Kinder – Aufwachen in Deutschland. München
- Deutsches Kinderhilfswerk. Hrsg. (1991): „Dokumentation Werkstattagung kommunale Kinderpolitik“. Sonderteil in: Fachzeitschrift Spielraum, Heft 5

- Deutsches Kinderhilfswerk. Hrsg. (1992): „Dokumentation Expertenforum Kinderfreundlichkeitsprüfung“. Sonderteil in: Fachzeitschrift Spielraum, Heft 6
- Deutsches Kinderhilfswerk. Hrsg. (1993a): „Dokumentation Expertenforum Partizipation“. Sonderteil in: Fachzeitschrift Spielraum, Heft 6
- Deutsches Kinderhilfswerk. Hrsg. (1993b): Parlament der Kinder. Eine Arbeits- und Argumentationshilfe zur Schaffung von Kinderparlamenten in Gemeinden und Städten. Berlin
- Deutsches Kinderhilfswerk. Hrsg. (2007): Vita gesellschaftlichen Engagements. Eine Studie zum Zusammenhang zwischen früher Beteiligung und dem Engagement bis ins Erwachsenenalter. Berlin
- Eppe, Heinrich (1992): Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus historischer Sicht – Erfolg und Misserfolg. Referat im Rahmen der Tagung „Kommunale Politik und die Partizipation von Kindern“. München
- Evangelische Akademie Loccum. Hrsg. (1989): Politik für das Kind – Inhalte, Optionen, Instrumente. Loccum
- Fatke, Reinhard/Schneider, Helmut (2005b): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- (Hrsg.) Frädriich, Jana/Jerger-Bachmann, Ilona (1995): Kinder bestimmen mit. Kinderrechte und Kinderpolitik. München
- Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder. Hrsg. (1995a): Demokratie lernen. Kiel
- Gemeinschaftsaktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder. Hrsg. (1995b): Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum. Kiel
- Gernert, Wolfgang (1993): Partizipation in der Jugendhilfeplanung. Hrsgg. v. Landesjugendamt Westfalen-Lippe. Münster
- Hermann, Michael C. (1996a): Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. Eine interdisziplinäre Evaluation. Beiträge zur Kommunalwissenschaft. Neue Folge, Bd. 1. Pfaffenweiler
- Hermann, Michael C. (1996b): „Vom Kinderbüro zum Jugendparlament: Mitwirkung Jugendlicher in der Gemeinde“. In: Hermann, Michael C. Hrsg. (1996): Zukunft mitgestalten: Modelle für mehr Mitsprache, Projekte – Konzepte – Ideen Spezial. Jugendstiftung Baden-Württemberg. Sersheim und Münster
- Hermann, Michael C. (1996c): „Auf der Suche nach der richtigen Form: Gütekriterien für Partizipationsformen auf kommunaler Ebene“. In: Hermann, Michael C. Hrsg. (1996): Zukunft mitgestalten: Modelle für mehr Mitsprache, Projekte – Konzepte – Ideen Spezial. Jugendstiftung Baden-Württemberg. Sersheim und Münster
- Hermann, Michael C. (1996d): „Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg: Pro und Contra“. In: Hermann, Michael C. Hrsg. (1996): Zukunft mitgestalten: Modelle für mehr Mitsprache, Projekte – Konzepte – Ideen Spezial. Jugendstiftung Baden-Württemberg. Sersheim und Münster
- Hermann, Michael C. (1996e): „Von allem etwas: PAPO – das halboffene Parlament der Projekte“. In: Hermann, Michael C. Hrsg. (1996): Zukunft mitgestalten: Modelle für mehr Mitsprache, Projekte – Konzepte – Ideen Spezial. Jugendstiftung Baden-Württemberg. Sersheim und Münster
- Hessisches Ministerium für Stadtentwicklung. Hrsg. (1991): Stadt für Kinder. Wiesbaden

- Hurrelmann, Klaus (1994): Die Politikverdrossenheit ist in Wirklichkeit eine Politikerverdrossenheit. Unveröff. Manuskript. Bielefeld
- Hurrelmann, Klaus (o. J.): „Jugendliche an die Wahlurnen!“ In: Deutscher Bundestag – Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission). Hrsg.: Wortprotokoll der Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zur Frage der Mitwirkungsrechte von Kindern am Montag, 5. 2. 1996, 10.00 – 14.00 Uhr, Bundeshaus. Bonn
- Kinderkommission des Deutschen Bundestages (1996): Mitwirkungsrechte von Kindern (Wahlalter, Familienwahlrecht, Kinderparlamente, Schülervertretungen etc.). Dokumentation einer öffentlichen Anhörung am 5. 2. 1996. Bonn
- Kommunale Beratungsstelle für Kinder- und Jugendinitiativen (1991): Kinder reden mit! Dokumentationsreihe Aufbrüche, Nr. 2. Graz
- Kommunale Beratungsstelle für Kinder- und Jugendinitiativen (1993): Gemeinde für Kinder – Gemeinde für alle. Graz
- Kommunale Beratungsstelle für Kinder- und Jugendinitiativen (1995): Viel zu laut ... Jugend & Politik. Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung. Graz
- Kommunale Beratungsstelle für Kinder und Jugendinitiativen (o. J.): Kinder & Jugendbeteiligungsmodelle. Eine Orientierungshilfe, die Mut machen soll. Graz
- Liegle, Ludwig (1989): „Kinderrepubliken“. In: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 3
- Lindner, Brigitte/Wiebusch, Rainer (1993): „Kinderpolitik in Deutschland“. In: TU Berlin u. A. Hrsg. (1993): Stadt als Rahmen kindlicher Entwicklung. Berlin
- Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz. Hrsg. (1995): Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Mainz
- Möller, Kurt (1994): „Jugendarbeit als Lösungsinstanz gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse: eine magische Inszenierung“. In: Heitmeyer, Wilhelm. Hrsg. (1984): Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt am Main
- Negt, Oskar (1983): „Kindheit und Kinder-Öffentlichkeit“. In: Neue Rundschau, Heft 3. Reprint in: Grüneisl, Gerd/Zacharias, Wolfgang (1989): Die Kinderstadt. Reinbek bei Hamburg
- Ostsee-Jugend Information (1995): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Heft 4, Dokumentation der Ostseejugendkonferenz. Kiel
- Pro Juventute. Hrsg. (1985): Partizipation – mitwirken. Zeitschrift für Jugend, Familie und Gesellschaft, Heft 4. Zürich
- Redaktion natur. Hrsg. (1991): natur-Kindergipfel 1991: Der Vertrag. München
- Rosenblatt, Bernhard von (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Bd. 1: Gesamtbericht. Hrsgg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Schriftenreihe des BMFSFJ, Bd. 194.1. Stuttgart, Berlin und Köln
- Schaub, Horst/Zenke, Karl G. (1995): Wörterbuch zur Pädagogik. München
- Schmidt, Wilhelm/Wiebusch, Rainer (1990): „Mehr Politik für Kinder wagen“. In: Deutsches Kinderhilfswerk. Hrsg. (1990): Das Spielmobilbuch. Eine Lobby für Spielräume und Kinderrechte. Berlin
- Schneider, Helmut/Fatke, Reinhard (2007): Stärkung der kommunalen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. In: Bertelsmann Stiftung (2007): Kinder- und Ju-

- gendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh. S. 131 -142
- Schmidt, Wilhelm (1993): „Bestandteil einer umfassenden Kinderpolitik“. In: Deutsches Kinderhilfswerk. Hrsg. (1993): Dokumentation Expertenforum Partizipation. Sonderteil in: Fachzeitschrift Spielraum, Heft 6
- Schröder, Richard (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung. Weinheim und Basel
- Schröder, Richard (1996a): Freiräume für Kinder(t)räume! Kinderbeteiligung in der Stadtplanung. Weinheim und Basel
- Schröder, Richard (1996b): „Psychologie und Recht. Grundlagen der Partizipation“. In: Fachzeitschrift Spielraum, Heft 3
- Stange, Waldemar/Paschen, Wolf (1994): Praxishandbuch Zukunftswerkstätten. Hrsgg. v. d. DGB-Jugend Nordmark/Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein. Hamburg und Kiel
- Stange, Waldemar (1996): Planen mit Phantasie. Hrsgg. v. Deutsches Kinderhilfswerk/Aktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder. Berlin und Kiel
- Stange, Waldemar (1993): Zukunftswerkstatt. Handbuch für die Arbeit vor Ort. Bonn
- Stange, Waldemar/Schack, Stephan (2007): „Beteiligungskompetenz stärken durch Qualifikation“. In: Bertelsmann Stiftung (2007): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh
- Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter (1999): Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in der Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune, in: Glinka, Hans-Jürgen/Neuberger, Christa, Schorn, Brigitte, Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter u.a. : Kulturelle und politische Partizipation von Kindern – Interessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder, Leske und Budrich, Opladen, S. 211 - 331. Sachverständigenkommission Zehnter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht, Band 3
- Stiftung Mitarbeit. Hrsg. (1993a): Kinderpolitik – Kinderbeteiligung. Bonn
- Stiftung Mitarbeit. Hrsg. (1993b): Kinder als Mitbürger. Ein dänisches Projekt zur Teilnahme, Mitbestimmung und Mitverantwortung von Kindern am gesellschaftlichen Leben. Bonn
- Sturzbecher, Dietmar/Großmann, Heidrun. Hrsg. (2003a): Soziale Partizipation im Vor- und Grundschulalter. München
- Sturzbecher, Dietmar/Großmann, Heidrun. Hrsg. (2003b): Praxis der sozialen Partizipation im Vor- und Grundschulalter. München
- Tiemann, Dieter (1996): „Alltagsdemokratie und Kinderfreundlichkeit. Plädoyer für eine partizipatorische Kinder- und Jugendpolitik“. In: Unsere Jugend, Heft 9
- Tiemann, Dieter/Wiebusch, Rainer (1996): „Alltagsdemokratie und Kinderfreundlichkeit in Schleswig-Holstein“. In: Stange, Waldemar (1996): Planen mit Phantasie. Berlin
- TPS – Theorie und Praxis der Sozialpädagogik (1993): Schwerpunktthema Kommunale Kinderpolitik. Heft 4. Bielefeld
- Wiebusch, Rainer (1990): „Kinderfreundliche Stadt“. In: Stadt und Gemeinde, Heft 11
- Wiebusch, Rainer (1991): „Mehr Politik für Kinder wagen – Konzepte für eine kinderfreundliche Stadt“. In: Fachzeitschrift Spielraum, Heft 3